

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

141 (22.6.1914)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75  $\text{M}$ , vierteljährl. 2,25  $\text{M}$ ; abgeholt monatl. 85  $\text{M}$ ; am Postschalter 2,10  $\text{M}$ , durch den Briefträger 2,52  $\text{M}$  vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfach Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Insetrate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20  $\text{S}$ . Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

### Der Parteitag in Freiburg.

Unser diesjähriger Parteitag war, obwohl eine große Anzahl Mitgliedschaften nicht vertreten waren, doch gut besucht. Sein Verlauf war im ganzen ein durchaus harmonischer, wenn es auch dann und wann zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Am Samstag wurde über den Geschäftsbericht des Landesvorstandes und über die Presse berichtet. Im Mittelpunkt der Debatte über den Geschäftsbericht stand die Sekretariatsfrage. Daß der bisherige Zustand in dieser Sache unmöglich auf die Dauer aufrecht zu erhalten war, war denjenigen, die einigermaßen in die Verhältnisse eingeweiht waren, schon längst klar. Der Landesvorstand hat deshalb nach vorausgegangener Verständigung mit der Parteileitung des 9. Wahlkreises den Vorschlag gemacht, das mittelbadische Sekretariat aufzuheben und ein besonderes Sekretariat für den 9. Wahlkreis zu bilden, während die übrigen mittelbadischen Wahlkreise mit Agitationsstellen versehen werden sollen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Landesvorstandes mit 74 gegen 72 Stimmen angenommen. Damit dürfte die Sekretariatsfrage hoffentlich auch einige Jahre von der Tagesordnung unserer badischen Parteitage verschwunden sein.

In der Debatte über die Presse wurden von einigen Delegierten zum Teil heftige Angriffe gegen den „Volkshfreund“ erhoben, die aber derartig übertrieben waren, daß die damit verbundene Absicht nur zu leicht zu erkennen war. Immerhin wird auch diese Debatte ihre guten Früchte tragen. Die beantragte Gründung eines Wochenblattes wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Verhandlungen am Sonntag wurden mit den üblichen Begrüßungsansprachen eingeleitet. Das Referat des Genossen Frank über die Reichstagsverhandlungen und die politische Situation war nach Form und Inhalt eine glänzende Leistung. Am Schluß seiner Rede kam Frank auch auf die Kaiserhochzeit zu sprechen. Er bekannte sich als einen entschiedenen Gegner dieser neuen Taktik, die der Reaktion das Wasser auf die Mühlen geleitet habe. Die beglücklichen Ausführungen Franks werden innerhalb wie außerhalb der Partei großes Interesse erwecken und eine lebhaftige Aussprache herbeiführen.

Die Diskussion über den Vortrag des Genossen Frank wurde ausschließlich von der Kaiserhochzeit beherrscht. Die Ansichten gingen auseinander. Von einem karlsruher Delegierten waren schon am Tage vorher Unterschriften für einen Antrag gesammelt worden, der das Verhalten der Fraktions-„mehrheit“ billigt. Gegen diesen groben Unfug, vor dem Referat schon Unterschriften für einen solchen Antrag zu sammeln, hat Genosse Frank mit Recht scharfen Protest erhoben. Eine große Anzahl Delegierter zog ihre Unterschrift zu diesem Antrag zurück und schließlich wurde der Antrag selbst zurückgezogen. Mein Genosse Frank verlangte, daß unser Parteitag klipp und klar seine Meinung in dieser wichtig gewordenen Angelegenheit funde, und so wurde schließlich mit großer Majorität eine Resolution beschlossen, welche erklärt, es habe für die Reichstagsfraktion kein Anlaß vorgelegen, die bisherige Taktik zu ändern. Den parlamentarischen Bericht über den badischen Landtag gab Genosse Kolb. Die Diskussion bezog sich fast ausschließlich auf den Großblock. Ein von den Vörscher Genossen gestellter Antrag, der die Partei festlegen wollte, wurde dem Landesvorstand als Material überwiesen. Die Debatte zeigte, daß man im ganzen Lande die durch die Volkshschuldebate hervorgerufene Klärung mit Freuden begrüßt.

Alles in allem dürfen wir mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden sein. Wir wünschen, daß alle die auf ihn gesetzten Hoffnungen in Erfüllung gehen.

Freiburg, 20. Juni.

Am 10.25 Uhr eröffnete Gen. Anton Geiß als Vorsitzender des Landesvorstandes den Parteitag mit Begrüßung der Delegierten und warf einen kurzen Rückblick auf das verlassene Geschäftsjahr. — In das Bureau werden gewählt: Dr. L. Frank als 1. B. Engler als 2. Vorsitzender, als Schriftführer Richter-Lahr und Storl-Heidelberg; in die Mandatsprüfungskommission werden gewählt Korm-Singen, Frikich-Offenburg, Schmidt-Pforzheim und Genossin Fischer-Karlsruhe.

Dr. Frank übernimmt den Vorsitz. Die provisorische Geschäftsordnung wird akzeptiert. Zur Tagesordnung schlägt Dietrich-Karlsruhe vor, das Referat Kolbs vor dem Referat Dr. Franks erstatten zu lassen. Gen. Kiedmiller spricht gegen die Vorschläge Dietrichs. Der Antrag Dietrich wird abgelehnt. Die Tagesordnung bleibt also wie folgt:

1. Wahl des Bureaus, der Mandats-Prüfungskommission und Festlegung der Geschäftsordnung.
2. a) Geschäfts- und Kassenbericht des Landesvorstandes. Referenten: Anton Geiß und Karl Gahn; b) Unsere Parteipressen.
3. Parlamentarischer Bericht: a) Reichspolitik. Referent: Dr. L. Frank; b) Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Landtagsabg. Kolb.
4. Der Internationale Kongress in Wien.
5. Beratung der bei vorstehender Tagesordnung nicht erledigten Anträge.

### Die Anträge.

1. Unterstützt werden folgende Anträge:
2. Mitgliedschaft Hornberg i. Schw. (2. Wahlkreis). Der Parteitag möge beschließen, für frunkte und erwerbslose Mitglieder besondere Marken einzuführen.
3. Mitgliedschaft Durlach (9. Wahlkreis). Der Landesvorstand wird beauftragt, alljährlich mindestens eine Frauenkonferenz einzuberufen.
4. Mitgliedschaft Ladenburg (11. Wahlkreis). Der Parteitag möge beschließen: In Erwägung, daß in allen Orten, wo Arbeiterportereie bestehen, eine große Anzahl unserer Parteigenossen den bürgerlichen Vereinen als Mitglieder und Vorstandsmitglieder angehören, wird der Landesvorstand beauftragt, eine Broschüre herauszugeben, in welcher diese Parteigenossen auf die Schädlichkeit ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht werden. Diese Broschüre ist den Mitgliedschaften zur Agitation unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
5. Mitgliedschaft Offenburg (7. Wahlkreis). Der Parteitag beschließt, zum Zwecke einer erfolgreichen Agitation auf dem Lande die Herausgabe eines Wochenblattes. Die Erledigung der dazu notwendigen Vorarbeiten und die Bestimmung des Termins, an welchem das Wochenblatt erscheinen soll, werden dem Landesvorstand und den Kreisvorsitzenden übertragen.
6. Mitgliedschaft Oberkirch (7. Wahlkreis). Der Landesparteitag möge sich mit der Gründung eines ein- oder zweimal in der Woche erscheinenden Blattes beschäftigen.
7. Mitgliedschaft Gengenbach (7. Wahlkreis). Der Landesvorstand möge die Schaffung eines Wochenblattes für den 6., 7. und 8. Wahlkreis in die Wege leiten.
8. Mitgliedschaft Ettlingen (9. Wahlkreis). Der badische Landesvorstand möge die Schaffung eines Wochenblattes für die kleineren Landorte in die Wege leiten. Falls dies jetzt noch nicht durchführbar ist, soll der Landesvorstand periodisch erscheinende Flugblätter herausgeben.
9. Mitgliedschaft Schopfheim (8. Wahlkreis). Der Landesvorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Parteipresse des Landes zu veranlassen, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter derjenigen Orte, in denen die Voraussetzungen dazu vorhanden sind, verpflichtet werden, dafür einzutreten, daß unsere Parteipresse, genau wie die bürgerliche Presse und zu denselben Bedingungen, alle örtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden erhält.
10. Mitgliedschaft Adolfszell (1. Wahlkreis). Der Landtagsfraktion wird zur Pflicht gemacht, im Landtag die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter gegenüber den Beamten künftig mehr in den Vordergrund zu stellen.
11. Mitgliedschaft Frrach (4. Wahlkreis). Der Sozialdemokratische Verein Frrach beantragt, der badische Parteitag möge beschließen: Ein Großblock im 1. Wahlkreis, sowie eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb dieser Konstellation ist grundsätzlich zu verwerfen; der Großblock selbst ist als eine reine wahltechnische Abmachung zur Abwehr einer rechtsstehenden Parlamentsmehrheit zu betrachten. Ein künftig etwa notwendig werdender Großblock soll nur dann abgeschlossen werden, wenn der Sozialdemokratie seitens der Nationalliberalen Garantien zur Wahrung der Geistes- und Gewissensfreiheit gegeben werden.
12. Mitgliedschaft Gengenbach (7. Wahlkreis). Der nächste badische Parteitag möge in Offenburg abgehalten werden.
13. Mitgliedschaft St. Georgen i. Schw. (2. Wahlkreis). Der Parteitag möge beschließen, als Ort für den Landesparteitag immer Offenburg beizubehalten.
14. Mitgliedschaft Mosbach (12. Wahlkreis). Der nächste badische Parteitag möge in Heidelberg stattfinden.
15. Ein gemeinsamer Fahrplan für die Volkshmacht, Volkshfreund und Volkshfreund soll herausgegeben werden. Es wird dann der

### Geschäftsbericht

Genosse Geiß weist einleitend auf den gedruckt vorliegenden Bericht hin und führt dann weiter u. a. aus: Der letzte Parteitag war sich einig darin, daß für den bevorstehenden Landtagswahlkampf alle Kräfte angestrengt und die Organisationen möglichst ausgebaut werden sollten. Das ist auch geschehen. Der Ausbau der Organisationen litt zwar unter der schweren wirtschaftlichen Krise. Die Generalagitation in der roten Woche hat uns aber ganz erfreuliche Fortschritte gebracht, und es wird zu erwägen sein, ob man solche großen Agitationen nicht von Zeit zu Zeit wiederholen sollte. Die Agitation ist im ganzen Lande energisch betrieben worden. Gegen die Militärdiktatur, wie sie am Felle Zabern besonders herortrat, fanden im ganzen Lande Protestveranstaltungen statt, der Besuch hätte vielfach noch besser sein dürfen. In Versammlungen wurden auch die Angriffe auf das Koalitionssrecht zurückgewiesen, ebenso zur Arbeitslosenfürsorge Stellung genommen.

Die Entwicklung der Frauenebewegung ist eine erfreuliche gewesen. Großes Gewicht legte der Parteivorstand auf den Ausbau des Vereinlebens. Bei der Vermittlung von Referenten sollten die Genossen nicht immer nur bekannte Redner verlangen, sondern die jeweiligen Verhältnisse in Betracht ziehen. Der Landesvorstand hat bei Vermittlung der Referenten, bei Zuschüssen usw. getan, was ihm möglich war.

Die Hauptarbeit mußte bei der Landtagswahl geleistet werden. Es darf gesagt werden, daß sowohl die Kandidaten wie auch jeder einzelne Genosse fleißige Arbeit verrichtet haben. Leider war der Erfolg nicht dementsprechend. Niemand hatte auf eine gleiche Erfolg wie 1909 gerechnet, doch war der Stimmenverlust dann doch noch größer, als man erwartet hatte. Die Finanzreform von 1909 war bei vielen Wählern verhasst und das Zentrum hatte mit der Hineinziehung der religiösen Fragen in den Wahlkampf Erfolg. Die Waderaktat tat ebenfalls

da und dort ihre Wirkung. Bei Beurteilung des Ausfalls ist notwendig, daß man die Stimmengablen von 1906 und 1913 in Vergleich stellt, das Resultat ist dann kein so ungünstiges, wie es vielfach dargestellt wurde.

Der Erfolg unserer Partei bei den Kreiswahlen war zufriedenstellend. Wo wir einigermaßen Aussicht auf Erfolg haben, sollten wir in Zukunft immer an den Kreiswahlen teilnehmen.

Auch mit dem Erfolg bei den Gemeindevahlen können wir im allgemeinen zufrieden sein. Die Gemeindepolitik, von der rund 2000 sozialdemokratischen Vertretern auf den Rathhäusern richtig vertreten, wird auch günstige Auswirkungen auf die Landes- und Reichspolitik haben. Bei der Aufstellung der Kandidaten bei Gemeindevahlen muß vor allen Dingen darauf gesehen werden, daß diese möglichst schon längere Zeit der Parteiorganisation angehören. Redner empfiehlt dann im weiteren Verlauf seines Berichts, daß die Genossen liberal dort, wo es möglich ist, Kinderkommissionen einsetzen, er hebt dann auf die Konferenz des Bildungsausschusses, die am 8. März ds. J. in Karlsruhe stattgefunden hat, ab, er empfiehlt, die Bildungsarbeit überall zu fördern. Geiß bespricht dann die im abgelaufenen Jahre eingelaufenen Beschwerden und Ausschlußanträge; die letzteren haben sich erfreulicherweise vermindert. Persönliche Streitigkeiten sollten nicht in die Organisation hineingetragen werden.

Was die Bezirkssekretariate in Mittel- und Unterbaden betrifft, so hat schon der Parteitag in Offenburg vor zwei Jahren den Wunsch geäußert, daß eine Reformierung der Sekretariate, namentlich in Mittel- und Unterbaden vorgenommen werden solle. Der Landesvorstand hat zunächst noch zugewartet, in der Meinung, die Sache werde sich bessern. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Mit den Erfolgen der Reorganisation des Sekretariats in Oberbaden und den eingerichteten Kreissekretariats ist der Landesvorstand zufrieden, und sie veranlassen ihn, nunmehr auch an eine ähnliche Reorganisation in Mittel- und Unterbaden heranzutreten. Redner bespricht dann die bisher in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen. Danach geht Gen. Trints ab 1. Oktober nach Pforzheim in den 9. Kreis und das unterbadische Sekretariat wird ab 1. Juli in ein Kreissekretariat verwandelt.

Ein weiterer Punkt betrifft die Gründung eines badischen sozialdemokratischen Korrespondenz-Bureaus. Der Landesvorstand hatte sehr oft Schwierigkeiten, geeignete Landtagsberichterstatter für unsere Presse zu erhalten. Im Herbst vorigen Jahres engagierte der Landesvorstand den Genossen Grünbaum, mit dessen Tätigkeit er zufrieden ist. Grünbaum soll als Berichterstatter erhalten bleiben; um dies zu ermöglichen, soll er in der parlamentarischen Zeit in einem nun zu gründenden badischen Korrespondenzbüro für die vier badischen Parteiblätter als Mitarbeiter tätig sein. Die Kosten tragen „Volkshmacht“, „Volkshfreund“ und „Volkshmacht“. Das Büro soll am 1. Juli eröffnet werden.

Bezüglich der Kreisberichte verweist der Redner auf die Druckberichte derselben. Er schließt mit dem Wunsche, daß der Bericht eine roge, sachliche Diskussion auslösen möge, und daß der Parteitag Mittel und Wege finden möge, die unsere Organisation von neuem stärken und uns die Möglichkeit geben möge, die Schlappe von der Landtagswahl auszumergen. (Beifall.)

### Rassenbericht.

Genosse Gahn erstattet den Rassenbericht. Er stellt fest, daß der Rassenbericht noch nie so erfreulich gelaunet hat, wie diesmal. Die Fertigstellung des Berichts leidet aber immer noch unter der Unpünktlichkeit einzelner Mitgliedschaften. Hier muß noch Besserung eintreten. In der Leistung der Beiträge beginn in der Stabilität derselben können erfreuliche Resultate festgestellt werden. Die zur Beurteilung der Finanzverhältnisse nötigen rechnerischen Zahlen sind in unserer Presse bereits veröffentlicht worden. Für die Landtagswahlen hat der Parteivorstand größere Zuschüsse geleistet als früher. Die Kosten der Landtagswahlen und der Agitation waren sehr hohe und zeigen eine stets steigende Tendenz. Die Kämpfe werden in Zukunft nicht billiger, sondern noch teurer werden, deshalb sollte darauf geachtet werden, daß schon jetzt Kampffonds aus Ueberflüssen von Festlichkeiten usw. angelegt werden. Dann werden wir beim nächsten Landtagswahlkampf gerüstet dastehen. Es muß jeder Pfennig, der erübrigt werden kann, zum Kampffonds abgeführt werden.

Redner erläutert dann die Zuschüsse aus der Landeskasse an die einzelnen Kreise. Den Forderungen des Landesvorstandes, genaue Aufstellungen für die notwendigen Zuschüsse einzusenden, sind die Kreise und Mitgliedschaften im allgemeinen gut nachgekommen, die Genauigkeit ließ aber häufig zu wünschen übrig. Die Abrechnungen müssen rasch und genau mit den nötigen Geldern eingeliefert werden. Zum Antrag Hornberg: Einführung besonderer Marken für erwerbslose und kranke Mitglieder, meint Genosse Gahn, daß sich diese Einführung erübrige. Wir können es beim bisherigen Modus belassen, daß die Gelder in den Büchern der betr. Genossen mit dem Stempel abgestempelt werden. Zum Schluß spricht Redner ebenfalls den Wunsch aus, daß die Verhandlungen einen ruhigen und sachlichen Verlauf nehmen. Es müssen die neu gewonnenen Mitglieder der roten Woche zu tüchtigen Kämpfern erzogen werden; die Bildungsarbeit muß nach jeder Richtung hin gefördert und den Bibliotheken große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Landesvorstand wird seine Pflicht tun; es liegt an den Genossen im Lande, nun ebenfalls mit Eifer an die Arbeit heranzutreten, dann dürfen wir überzeugt sein, daß im nächsten Jahre über neue gute Fortschritte berichtet werden kann. (Beifall.)

### Ueber die Presse

berichtet Genosse Link. Er verweist auf den gedruckt Bericht. Zu den Anträgen betr. Schaffung eines Wochenblattes hat der Landesvorstand Stellung genommen. Die vom Landesvorstand gemachten Erhebungen ergaben, daß im ganzen Reich etwa fünf Wochenblätter bestehen. Die Auflage ist sehr gering, in Preußen 3600, in Bayern 5400 Exemplare; in Hessen erscheint das Blatt etwa wenige Male im Jahr, in Braunschweig

g! Wir ann 1758

Wfg. nicht en Sie meine ubelten von Kinder- und Klappwagen

adung. im Monat Nr. 23901

smus chias, enden

öbel

waren

paratur

ermieten.

stellen

Badische Landesbibliothek

schweig ist es ähnlich, ebenso in Schleswig-Holstein. Die Blätter verursachen erhebliche Kosten. Der Landesvorstand kann die Schaffung eines Wochenblattes nicht empfehlen. Es wäre schwer, das Blatt in den katholischen Orten zu verbreiten, die Birte würden es nicht auflesen. Die Parteipresse ist so gut ausgeschaltet, daß man den Genossen nicht mehr viel bieten kann. Durch ein Wochenblatt schaffen wir unserer Partei auf dem Lande keinen Eingang, es ist nur möglich durch einen guten Stamm Parteigenossen. Der Landesvorstand schlägt demnach vor, diese Anträge abzulehnen. Der Antrag Schopfheim sei zu befürworten. Der Antrag betr. Fahrplan beanträge der Landesvorstand abzulehnen.

**Ueber die Frauenbewegung**

berichtet Genossin Blase. Auch die Frauenorganisation kann von einer erfreulichen Entwicklung berichten. 1908 hatte die Partei erst 365 weibliche Mitglieder, 1912 wurde die Zahl 2000 erreicht, der diesjährige Bericht meldet 2600 Mitglieder. Es muß nun dahin gestrebt werden, daß die gewonnenen Mitglieder auch erhalten bleiben. Für die Frau ist die Betätigung in der Partei genau so wichtig, wie für die Männer. Es sei nur an die zu leistende soziale Arbeit erinnert, ferner an die Arbeiten der Kinderbeschutzkommission. Auch für das Koalitionsrecht müssen sich die Frauen interessieren, ebenso für die Gesundheits- und Wohnungsfrage. Männer und Frauen sollten gemeinsam arbeiten. Wo es nicht möglich ist, daß Mann und Frau gemeinsame Versammlungen eingerichtet werden. Um die Frauen zu gewinnen und weiterzubilden, müssen besondere Themata gewählt werden, die die Frauen interessieren. Der Antrag Durlach soll dahin geändert werden, daß es heißt, der Landesvorstand soll beantragt werden, eine Frauenkonferenz nach Bedarf abzuhalten. Die Wünsche der Frauen sind beim Landesvorstand immer berücksichtigt worden, er wird sicher auch immer berücksichtigt werden, wenn die Frauen es für nötig halten. Auch werden ja immer bei unseren Delegationen Frauen delegiert, so daß sich auch deshalb schon eine Konferenz alljährlich ergibt.

**Den Bericht der Revisoren**

gibt Genosse Roth. Alles war in bester Ordnung. Die Revisoren beantragen Entlastung.

Der Vorsitzende Gen. Dr. Frank teilt einen Brief des Genossen Oskar Ged mit, der leider wegen Krankheit verhindert ist, an den Verhandlungen teilzunehmen. Genosse Ged wünscht dem Parteitag besten Verlauf. Der Vorsitzende bittet um die Ermächtigung, dem Genossen Ged zu danken und ihm die besten Wünsche auf baldige Genesung zu übermitteln. Der Parteitag stimmt zu.

Weiter gibt der Vorsitzende einen Antrag des 8. Kreises bekannt. Er lautet:

Der Kreisvorstand beschloß in seiner Sitzung vom 18. Juni, Protest einzulegen gegen die beabsichtigte Aufhebung des mittelbadischen Parteisekretariats. Es besteht gar kein Zweifel, daß die Aufhebung eine schwere Schädigung unseres Wahlkreises bedeutet. Der Kreis hat sich unter der fleißigen und geschickten Tätigkeit und Mithilfe des Genossen Trinks gut entwickelt. Da die meisten Mitgliedschaften unseres Kreises wegen der großen Entfernung und der damit verbundenen Kosten keine Delegierten entsenden können, fühlen wir uns verpflichtet, die Interessen des Kreises auf diese Art und Weise wahrzunehmen.

Der Kreisvorsitzende: D. Mellert, Kapitän.  
Die Mitglieder des Kreisvorstandes.  
(Es folgen die Namen.)

**Die Diskussion.**

Genosse Mellert-Kapitän bemängelt, daß bei der Regelung der Sekretariatsfrage für Mittelbaden die in Betracht kommenden Kreise nicht mit zugezogen worden sind. Die Kosten würden sich nicht verringern. Für die Agitationsstellen wird es schwer halten, die geeigneten Genossen zu bekommen. Der bisherige Zustand möge beibehalten werden.

Gahm-Gaggenau bedauert, daß Gaggenau mit auswärtigen Mitgliedern wenig bedacht wird. Den Organisationen habe man keine Mitteilung gemacht von der geplanten Aufhebung des Sekretariats. Jede Mitgliedschaft Mittelbadens ist gegen die Aufhebung. Wenn die Aufhebung beschlossen werde, dann sei zu verlangen, daß der Sitz wenigstens in Karlsruhe bleibe. Auch um die geplanten Bildungsreisen durchzuführen, bedürfen die Genossen die Unterstützung des Sekretärs.

Kruse-Karlsruhe wünscht, daß der Bericht etwas früher herauskomme. Wenn die Ortsvereine spät abrechnen, dann kann man ja den Parteitag später legen. Zu wünschen sei weiter, daß mehr mit Flugblättern gearbeitet werden möge. Viele folgten nicht in unsere Versammlungen; auf diese muß mit den Flugblättern eingewirkt werden. — Bei den letzten Land-

tagswahlen hat unsere Partei nicht mehr das Vertrauen bei den Wählern gehabt, wie vor vier Jahren. Die Ursache ist darin zu erblicken, daß unsere Landtagsfraktion seit mehr denn zehn Jahren die Großblodpolitik getrieben hat. Es ist zu begrüßen, daß die Partei diesen Hemmschuh abgeworfen hat.

Die rich-Karlsruhe ist der Auffassung, daß die Frage der Veränderung in der Sekretariatsfrage eine so wichtige ist, daß unbedingt die Mitgliedschaften mit herbeigezogen werden müssen. — Wenn bei den Landtagswahlen keine Stimmung in die Massen zu bringen war, so rührt das daher, daß die Tätigkeit der badischen Partei viel zu sehr eine parlamentarische war. Wir müssen mehr wie bisher darauf sehen, die Organisationen auszubauen und mehr in Agitation zu tun.

Lepper-Etlingen bespricht unsere Gemeindepolitik. Die Bürgerausschüsse in der Presse haben nicht viel. Es wäre zu raten, die Erfahrungen, die unsere Parteigenossen auf den Rathäusern machen, zusammenzustellen und vielleicht monatlich den Parteibüchern zu übermitteln. Da könnte wirksameres geleistet werden. Mit der Verlegung des Sekretariats nach Forzheim wäre dessen Lobesurteil gesprochen; wenn von Forzheim aus hält es schwer, das Alb- und Murgtal zu bearbeiten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Wenn das Sekretariat verlegt wird, dann sollte wenigstens Durlach als Sitz bestimmt werden.

Es wird nun in die Mittagspause eingetreten.

**Nachmittags-sitzung.**

Der Vorsitzende, Dr. Frank, eröffnet um 1/3 Uhr die Sitzung. Es wird in der Diskussion über den Geschäfts- und Kassenericht des Landesvorstandes weitergefahren.

Frau Hofmann-Mannheim spricht über die Fortschritte der Frauenbewegung. Zu wünschen sei, daß in allen Kreisen in die Vorstände auch Frauen kommen. Große Aufmerksamkeit muß den Kinderbeschutzkommissionen gewidmet werden. Die Kommissionen müssen nicht nur Spaziergänge arrangieren, sondern auch den Wählhandlungen besonders ihr Augenmerk zuwenden. Die Rednerin berichtet über verschiedene Fälle, in denen die Kinderbeschutzkommission mit Erfolg eingegriffen hat. Die Mannheimer Kommission hat allein 187 Briefe im letzten Jahre zu erledigen gehabt, wo es sich um Mißhandlungen an Kindern handelte. Auch in den Randorten wäre manches zu tun.

Engler-Freiburg verbreitet sich über die Sekretariatsfrage. Für 2 bis 3 Wahlkreise sei die Arbeit eines Sekretärs zu groß, zumal wenn er auch noch die Verwaltungsbüroarbeit mit erledigen solle. Ein Sekretär hat im 9. Kreis viel zu tun, der Sitz muß in Forzheim sein. Dem Vorschlag des Landesvorstandes ist daher zuzustimmen. Die Anschauung des Gen. Kruse ist falsch, der Großblod ist nicht schuld an dem Stimmenverlust, das Gros des Stimmenverlustes liegt auf dem Lande, in den Orten, wo wir keine feste Organisation hatten. Deshalb muß die Organisation besser ausgebaut werden.

Sigmund-Karlsruhe hält es für zweckmäßig, wenn der Landesvorstand mehr für auswärtige Redner sorgen würde. Die Kreisvorstände sollen mehr durch Flugblätter unterstützt werden. Es ist nicht richtig, den Großblod für alle Dinge verantwortlich zu machen. Der Stimmenrückgang in Karlsruhe hängt vielfach damit zusammen, daß zu wenig Genossen tatkräftig mitarbeiteten. Bezüglich des Parteisekretariats ist zuzugeben, daß es unmöglich ist, mehrere Kreise durch einen Sekretär bearbeiten zu lassen. Der Vorschlag des Landesvorstandes bezüglich des Parteisekretariats ist daher am Platze. Der Sekretär des 9. Kreises könnte jedoch nach wie vor seinen Sitz in Karlsruhe behalten.

Göhn-Karlsruhe ist mit dem Resultat der letzten Jahre unzufrieden. Die Großblodpolitik hat ein gut Teil schuld an der Gleichgültigkeit der Massen. Eine prinzipielle Agitation rüttelt die Massen mehr auf als die Gegenwartspolitik. Im Parlament sind keine Erfolge für die Arbeiter in der Privatindustrie zu verzeichnen. Die Tatsachen beweisen die Entfernung vom Großblodideal. Die Landorte sollten nicht nur große Redner verlangen, denn hierdurch wird kein positiver Erfolg gewährleistet. In der Arbeiterpartei- und Arbeitererregungsbewegung sollte das richtige Maß eingehalten werden. Eine Regelung der Sekretariatsfrage mit dem 9. Wahlkreis ist wenig wünschenswert. Man sollte daher das Sekretariat in Karlsruhe belassen.

Kalb-Karlsruhe lehnt es ab, daß von Partei wegen für die Sportvereine agitiert werde. Die Sportvereine halten die Parteigenossen vielfach ab, der Partei ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen. Die finanziellen Aufwendungen für das Sekretariat stehen in keinem Verhältnis zu den Erfolgen. Das Persönliche muß dabei auscheiden. Der Kreis der Aufgaben für die Sekretariate ist heute viel zu weit gezogen. Es ist daher zweckmäßig, wenn der Sekretär sich der Arbeit im 9. Wahlkreis widmet. Im 10. Wahlkreis ist ein Sekretär nicht nötig. Der Großblod ist nicht schuld an der Niederlage bei der letzten Landtagswahl. War denn der Großblod schuld an dem glängen-

den Sieg vor 4 Jahren? Schuld an der Niederlage war die Organisation der Bürgerlichen sowie die zerrückte innere Kritik!

Strobel-Mannheim weist die Angriffe zurück, daß der Landesvorstand zu wenig Flugblätter herausgibt. Die Kreisvorstände brauchen nicht erst Flugblätter, um die politische Situation zu erfassen. Die Sekretariate erfordern zu hohe Aufwendungen im Verhältnis zum Erfolg. Die Frage ist aus sachlichen Gesichtspunkten heraus zu entscheiden. Die verhältnismäßig geringe Mitgliederzunahme in den betreffenden Bezirken beweist, daß die Sekretariate nicht das gewünschte Resultat bringen. Wir wollen daher die Konzentrierung des Sekretärs auf einen Kreis. Die soziale Struktur des 9. Kreises fordert eine Vermehrung der Mitgliederzahl, wenn der Sekretär sich der Bearbeitung dieses Bezirkes widmet. Der Sitz des Sekretärs hält der Landesvorstand für keine wesentliche Frage. Es war keine Möglichkeit gegeben, die Frage vor dem Parteitag dem Parteigenossen vorzulegen.

Rierthaler-Achern tritt dafür ein, daß an dem jetzigen Zustande des Sekretariats für Mittelbaden nichts geändert wird. Haberer-Offenburg erläutert einzelne Punkte in der Landtagswahl-Abrechnung des Landesvorstandes. Der Redner bedauert, daß einzelne Kreise so wenig freiwillige Beiträge aufgebracht haben. Es wäre auch wünschenswert, daß der Landesvorstand mehr Material über die in Oberbaden errichteten Agitationsstellen herausgibt. Die Ausgaben für die Sekretariate in ganz Baden sind entschieden zu hoch.

Dr. Frank gibt einen Antrag des Landesvorstandes bekannt; derselbe lautet: Der Landesvorstand stellt den Antrag, daß der Parteitag den Vereinbarungen mit dem 9. und 12. Reichstagswahlkreis über die Sekretariate die Zustimmung erteile.

Schweninger-Mannheim: Wir müssen bestrebt sein, die Arbeiterpartei so viel wie möglich für den Sozialismus zu gewinnen. Der Jugend müssen wir eine größere Aufmerksamkeit schenken. Die Kleinarbeit in der Agitation ist wichtig in die Hand genommen werden. In ihr ruht unser Erfolg. Der Großblod hat uns das nicht gebracht, was man von ihm erwartete hat. Wir müssen uns im politischen Kampf auf die eigenen Füße stellen.

Vorsitzender Dr. Frank gibt bekannt, daß der Antrag Nr. 7, eingereicht von Badenburg, betr. die Sportvereine, zurückgezogen wurde.

Reinhold-Singen: Die Bezirksekretariate haben sich sehr gut bewährt. Es ist einem Sekretär einfach unmöglich, in verschiedenen Kreisen eine für die Partei erfolgreiche Arbeit zu entfalten.

Schäfer-Durmersheim tritt dafür ein, daß das mittelbadische Sekretariat unverändert bestehen bleibt.

Geiß-Mannheim ergänzt seinen Bericht dahingehend, daß der Landesvorstand gerne bereit sei, der Sekretariatsfrage im 8. Kreis näherzutreten, sofern dies die Genossen wünschen.

Lehmann-Mannheim hält eine Einschränkung der Tätigkeit des Sekretärs für den 9. Kreis nicht für durchführbar, da dies Unzufriedenheit erregen würde. Der Landesvorstand sollte daher seinen Antrag zurückziehen. Man muß bei der Mitgliedszahl auch auf die Beitragsleistung schauen. Gemäß der abgegebenen Wählerstimmen sollten wir mehr Mitglieder haben. Die hohen Ausgaben für die Parteitagspartafälle sind zu beanstanden. Man sollte die Einnahmen für die Parteitagspartafälle durch erhöhten Abzug steigern. Auch die Tätigkeitsberichte der Landtagsfraktion beanspruchen hohe Kosten. Der Stimmenrückgang bei den letzten Landtagswahlen hängt mit der Arbeitergemeinschaft in Verbindung zusammen. Diese Stellungnahme schadet unserer Arbeit.

Riedmiller-Emmendingen stellt einen Antrag auf Schluß der Debatte.

Reiffle-Mannheim spricht gegen den Schlußantrag. Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reyhau-Forzheim bedauert, daß durch den Schlußantrag die Debatte abgebrochen wird und er nicht mehr Gelegenheit hat, zur Sekretariatsfrage zu sprechen.

Kalb-Karlsruhe bittet, einem Redner des 9. Kreises noch außerhalb der Geschäftsordnung das Wort zu geben.

Lepper-Etlingen wünscht, daß Weber als Kreisvorsitzender des 9. Kreises und Trinks als Sekretär noch das Wort erhält.

Reyhau-Forzheim bittet, auch noch dem Genossen Schübelin-Forzheim das Wort zu erteilen. Der Parteitag beschließt, den Genossen Weber und Trinks noch das Wort zu erteilen.

Weber-Durlach: Die Frage, die den Parteitag beschäftigt, ist wichtig genug, um über sie zu sprechen. Wir sind damit einverstanden, daß der 9. Kreis ein Sekretär erhält. Wir hätten es allerdings begrüßt, wenn das jetzige Verhältnis erhalten geblieben wäre. Der Redner will den Antrag 6 der Mit-

**Die Götter dürsten.**

Roman aus der französischen Revolution.  
Von Anatole France.

45 (Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Als er einen Bramarbas tanzen ließ, sagte er: „Diese kleine Maske, mein Herr, bringt mich auf eine merkwürdige Geschichte. Es war im Jahre 1746, ich vollendete damals mein Noviziat unter dem Vater Magitot, einem Greise von tiefem Wissen und strengem Wandel. Wie Sie sich vielleicht noch entsinnen, übten die Sumpfmänner damals, obwohl sie zum Vergnügen der Kinder bestimmt waren, auf Frauen und selbst auf junge und alte Männer einen seltsamen Reiz aus; sie machten in Paris Furor. Die Modegeschäfte waren voll davon; man fand sie bei Leuten von Stand, und nicht selten sah man auf der Promenade und auf der Straße eine ernste Persönlichkeit, die ihren Sumpfmännern springen ließ. Der Vater Magitot blieb trotz seines Alters und seines Standes vor dieser Anstetzung nicht bewahrt. Wie er alle Welt so beschäftigt sah, eine kleine Puppe aus Pappe tanzen zu lassen, zuckten seine Finger von Ungeduld, und das wurde ihm bald zur Last. Eines Tages besuchte er Herrn Chawel, einen Advokaten am Parlamentsgericht, in einer wichtigen Sache, die den ganzen Orden betraf. Da sah er einen Sumpfmännchen am Kamin baumeln und verspürte eine fürchterliche Versuchung, an der Strippe zu ziehen. Nur mit großer Mühe überwand er sich. Aber dieser frivole Wunsch verfolgte ihn und ließ ihm keine Ruhe. Bei seinen Studien, in seinem frommen Sinnen, beim Gebet, in der Kirche, im Kapitel, im Beichtstuhl, auf der Kanzel — überall verfolgte er ihn. Nach mehreren Tagen schrecklicher Seelenpein trug er diesen ungewöhnlichen Fall dem Ordensgeneral vor, der damals zum Glück in Paris weilte. . . Dieser, ein hervorragender Kirchenlehrer und Mailänder Kirchenfürst, riet dem Vater Magitot, sein Verlangen zu befriedigen, da es an sich harmlos, in seinen Folgen jedoch lästig war und die Seele, die von ihm verzehrt wurde, durch seine

Bewegung ernstlich beunruhigte. Auf Anraten, oder besser auf Befehl des Generals ging der Vater Magitot nochmals zu Herrn Chawel, der ihn wie das erntmal in seinem Arbeitszimmer empfing. Er sah den Sumpfmännchen wieder am Kamin baumeln, trat hastig auf ihn zu und bat den Advokaten um Erlaubnis, an der Strippe ziehen zu dürfen. Der Advokat gewährte ihm diesen Wunsch und vertraute ihm an, daß er seinen Bramarbas öfters tanzen ließe, während er seine Klaidopers vorbereite, ja daß er noch am letzten Tage seine Verteidigungsrede für eine Frau, die fälschlich der Vergiftung ihres Gatten bezichtigt war, beim Laft dieser Puppe antworten hätte. Zitternd ergriß Vater Magitot die Schur und ließ den Bramarbas hüpfen, wie einen Besessenen, der erporziert wird. Als er so seine Laune befriedigt hatte, hörte die Besessenheit auf.“

„Ihre Geschichte nimmt mich nicht wunder, mein Vater“, sagte Brotteaux. „Derartige Besessenheit gibt es. Aber es sind nicht immer die Pappfiguren, die sie hervorgerufen.“

Der Vater Ronquemaire, der tiefreligiös war, sprach nie von Religion; Brotteaux sprach beständig davon. Und da er Sympathie für den Varnabiten empfand, so gefiel er sich darin, ihn in die Enge zu treiben und ihn durch seine Einwände gegen verschiedene Glaubensartikel zu verwirren. Einmal, als sie gemeinsam Zerbinden und Bramarbas anfertigten, sagte er zu ihm:

„Wenn ich die Ereignisse betrachte, die uns so weit gebracht haben, und mich fragen, wer in der allgemeinen Torheit das Törichteste getan hat, so bin ich geneigt zu glauben, daß es die Hofpartei war.“

„Mein Herr“, erwiderte der Wönd, „alle Menschen werden verblendet wie Nebuladnezar, wenn Gott sie verläßt; aber kein Mensch war in unseren Tagen so tief in Unwissenheit und Irrtum verfunken, wie der Abbe Fauchet, kein Mensch so verderblich für das Königtum wie er. Gott muß sehr erzürnt auf Frankreich gewesen sein, um ihm den Abbe Fauchet zu senden!“

„Mir scheint wir haben schlimmere Uebelthäter erlebt, als den unseligen Fauchet.“  
„Auch der Abbe Gregoire hat viel Bosheit bewiesen.“  
„Und Brissot? Und Danton? Und Marat? Und hindern, kann es aber nicht, oder er will nicht und kann es.“  
„Das sind Laien, mein Herr: die Laien tragen nicht die gleiche Verantwortung wie die Geistlichen. Das Böse, was sie tun, kommt nicht aus solcher Höhe und hat nicht so allgemeine Bedeutung.“  
„Und Ihr Gott, mein Vater, was sagen Sie von dessen Verhalten in dieser Revolution?“  
„Ich verstehe Sie nicht, mein Herr.“  
„Epiturf hat gesagt: Entweder will Gott das Böse verhindern, kann es aber nicht, oder er will und kann es. Will er es und kann er es nicht, so ist er ohnmächtig; kann er es und will es nicht, so ist er schlecht; kann und will er es nicht, so ist er ohnmächtig und schlecht; will er es aber und kann es, warum tut er es dann nicht, mein Vater?“

(Fortsetzung folgt.)

**Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.**

Dienstag, 23. Juni. C. 67. „Zantens Rosmarin“, weitere Oper in 4 Akten von Mosijobick. Anfang 1/2 8 Uhr, Ende nach 10 Uhr.  
Mittwoch, 24. Juni. 57. Vorf. außer Ab. Ermäßigte Preise ohne Vorverkaufsgeld: „Polenblut“, Operette in 3 Akten von Redbal. Anfang 8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. Für diese Vorstellung werden an der Vorverkaufsstelle des Hoftheaters keine Vorverkaufsgeldbühren erhoben.  
Freitag, 26. Juni. A. 69. „Webe dem Hut“, Lustspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 1/2 8 Uhr, Ende nach 10 Uhr.  
Samstag, 27. Juni. C. 68. „Schermüßel“, Plauderei in 1 Akt von Gustav Weid. — „Wie er ihren Mann besog“, eine Warnung für Theaterbesucher von Scharf. — „Die ferne Prinzessin“, Scherz in einem Akt von Sudermann. Anfang 1/2 8 Uhr, Ende 10 Uhr.  
Sonntag, 28. Juni. B. 69. „Tristan und Isolde“ in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 8 Uhr, Ende 11 Uhr.  
Montag, 29. Juni. C. 69. Zum erstenmal: „Eine Frau ohne Namen“ von Hofmann. Anfang 1/2 8 Uhr.

...war die innere...
...dass der...
...die Kreis...
...hohe Auf...
...ist aus...
...verhältnis...
...in Bezirke...
...ultra betr...
...retäre auf...
...der Ver...
...relärs hält...
...war seine...
...Partei...
...zur jetzigen...
...überd wird...
...te in der...
...er Redner...
...träge auf...
...Landes...
...Ag...
...retariate...
...terdes be...
...Partei...
...wählkreis...
...recht sein...
...us zu ge...
...samkeit...
...ensiver in...
...folg. Der...
...um exte...
...eigenen...
...er Antrag...
...reine, zu...
...haben sich...
...möglich, in...
...Arbeit zu...
...mittel...
...hingehend...
...ratsfrage...
...wünschen...
...ber Tätig...
...überbar, da...
...and sollte...
...der Mit...
...demnach der...
...der haben...
...zu bean...
...solle durch...
...der Amb...
...rüdigung...
...sammeng...
...habet un...
...Antrag auf...
...Antrag...
...Ange...
...in Schluß...
...Gelegen...
...eifes noch...
...Kreisvor...
...das Wort...
...Genossen...
...id Trinks...
...geschäf...
...sind das...
...kält. Wir...
...silmis er...
...der Mit...
...er erlebt...
...wiesen.?"...
...? Und...
...kann es...
...sagen nicht...
...das Wisse...
...hat nicht...
...on dessen...
...Fälle ver...
...sinn es...
...fann d...
...will er...
...es aber...
...Water?"...
...ere Oper...
...nde nach...
...e Preise...
...8 Alten...
...für diese...
...theaters...
...hsfeld in...
...nach 10...
...in 1 M...
...me W...
...Prin...
...Anfang...
...3 Alten...
...Uhr...
...rau ohne...

...glückselig Durlach dahin abgeändert wissen, daß Frauen-Konferenzen „nach Bedarf“ abgehalten werden sollen.

Trinks-Karlsruhe: Wir haben im 9. Kreis auf der Konferenz gesagt, daß wir der Errichtung eines Sekretariats zustimmen werden. Ich bin der Meinung, daß wir zuerst über den Antrag des 8. Kreises abstimmen sollten; wird er abgelehnt, dann kann man immer noch den Vorschlag des Landesvorstandes annehmen. Die Ausführungen des Genossen Strobel sind nicht ganz richtig. Im Interesse der Partei bitte ich, den Antrag des 8. Kreises anzunehmen.

Seif-Mannheim geht in seinem Schlußwort auf die vorgetragenen Wünsche und Anregungen ein. Wenn gesagt wurde, daß der Landesvorstand in der Sekretariatsfrage Mitteladens die beteiligten Kreise nicht genügend unterrichtet hat, sei das nicht richtig. Es wurde wiederholt behauptet, daß eine Änderung der Sekretariatsfrage nicht notwendig sei. Eine Reihe von Diskussionsordnern hat aber mit ihren Ausführungen bestätigt, daß eine Änderung dringend notwendig sei. Die Aufwendungen für das Sekretariat Mitteladens sind entschieden zu hoch. Das Sekretariat Unterbaden wird wesentlich billiger betrieben. Auch in Oberbaden ist es wesentlich billiger. Auch im 9. Kreis muß man sehen, daß die Einnahmen in die Höhe gehen. Der Antrag 15 von Lörrach ist nach meiner Auffassung, so wie er abgefaßt ist, nicht gut anzunehmen. Die Vorschläge möchten ihren Antrag dahin abändern, daß derselbe dem Landesvorstand als Material zur Prüfung überwiesen wird. Wir haben noch zwei Parteitage vor uns und da können wir uns nicht heute schon für die Zukunft festlegen. Das Schlußwort zum Rapport ist gut.

Gahn: Der Geschäftsbericht kommt in dem Maße pünktlicher, als die Abrechnungen pünktlicher einlaufen. Bei der Auswahl der Gemeindevorsteher müssen wir allerdings vorsichtig sein und nur erfahrene Genossen aussuchen. Auswärtige Redner haben uns die besten Dienste geleistet, wir werden sie je nach Wunsch auch weiterhin vermitteln. Fortgesetzt mit Flugblättern zu arbeiten ist auch nicht empfehlenswert. Die Verbreitung der Flugblätter verschlingt große Mittel. Die Verbreitung der Flugblätter den wirtschaftlichen Organisationen zugeführt werden. Genosse Lehmann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Absatz an Broschüren ungenügend ist; die Parteigenossen müssen für größeren Verschleiß sorgen.

Gen. Engler (persönlich): Aus dem Ergebnis der Landtagswahlen müssen wir lernen; die Neugierigen, die Genosse Lehmann mir in den Mund gelegt hat, habe ich nicht getan.

Der Antrag 2 von Hornberg wird abgelehnt. — Antrag 3, 4 und 5 wurde nicht genügend unterstützt und sind daher erledigt. — Anzunehmen ist der Durlacher Antrag, mit der Veränderung, daß Frauenkonferenzen „nach Bedarf“ einbezogen werden.

Antrag 7 und 8 werden zurückgezogen.
Kiehl protestiert gegen eine Abstimmung über den Antrag 14 Radolfzell zur Politik und Taktik. — Prof. Frank schlägt vor, diesen Antrag zurückzustellen. Ebenso wird noch der Antrag 15 von Lörrach auf dieser Frage zurückgestellt.
Auf Antrag Dietrich wird zunächst abgestimmt über den Antrag des 8. Wahlkreises, das mittelsächsische Parteisekretariat beizubehalten. Die Abstimmung ist namentlich. Dieser Antrag wird mit 74 gegen 72 Stimmen abgelehnt. — Der Antrag des Landesvorstandes wird dann mit allen gegen 9 Stimmen angenommen.

Presse.

Winter-Offenburg verteidigt den Antrag des 7. Kreises, der die Gründung eines Wochenblattes für die kleineren Orte verlangt. Der Antrag ist von mehreren Orten des 7. Kreises gestellt. Es ist eine Tatsache, die nicht abzutreten ist, daß die große Anzahl Abonnenten auf das frühere Wochenblatt bis heute noch nicht Abonnenten der Tagespresse sind. Wir haben in unserem Kreise wiederholt die Erfahrung gemacht, daß wir Abonnenten für ein Wochenblatt in großer Zahl gewinnen können, für unsere Tagespresse aber nicht. Ich bitte Sie dem Antrag zustimmen.

De-Mörz: Wenn wir uns die Erfolge in den Verbreitungsgebieten der einzelnen Blätter während der letzten Woche vergegenwärtigen, so sehen wir, daß der „Volkstreu“ am wenigsten Abonnenten gewonnen hat.

Kruse-Karlsruhe: Genosse Winter ist für Gründung von Wochenblättern eingetreten. Ich bin auch der Meinung, daß Wochenblätter für das Land besser sind als Tageszeitungen. Die Ausführungen des Genossen De-Mörz kann ich nur lebhaft unterstützen. Wir haben schon wiederholt Beschwerde geführt, aber immer ohne Erfolg.

Prof. Dr. Frank-Mannheim: Wegen dem Korrespondenzbureau will ich, um allen irdigen Auffassungen entgegenzutreten, mitteilen, daß wir lediglich das Bureau errichten, um uns einen tüchtigen Parlamentsberichterstatler zu erhalten.

Sigmund-Karlsruhe: Ueber die Frage der Wochenblätter sollte man auf Parteitagen endlich hinwegkommen. Wir sind auch gar nicht in der Lage, ein Wochenblatt finanziell zu halten. Die Art, wie Genosse Kruse gegen den „Volkstreu“ vorgegangen ist, läßt die Vermutung zu, daß Kruse bei seiner Polemik noch anderes im Auge hatte. Es soll zugegeben werden, daß in mancher Beziehung gefehlt wurde. Wir müssen die Redaktion des „Volkstreu“ verstärken, damit werden wir die Klagen beseitigen. Es ist auch zu bedauern, daß die Pressemission zu wenig Einfluß hat. Es wäre auch gut, wenn mancher Genosse einen Artikel für den „Volkstreu“ schreiben würde, statt wahrheitswidrige Berichte in norddeutschen Blättern (namentlich der „Leipziger Volkszeitung“) zu veröffentlichen.

Dietrich-Karlsruhe: Es ist hier ausgesprochen worden, daß die Pressemission keinen Einfluß hat. Ich muß dies ebenfalls lebhaft bedauern.

Kohl-Karlsruhe wendet sich energisch gegen die Genossen De-Mörz und Dietrich. Sie werden begreifen, daß ich während der Dauer des Landtages mich nicht so mit Redaktionsarbeiten beschäftigen kann. Ein Mißstand ist auch, daß viel Zeit von der Pforsheimer Presse am Vormittag in Anspruch genommen wird, die vor dem Hauptblatt hergestellt wird. Es ist vollständig unwahr, daß der „Volkstreu“ in der prinzipiellen Aufklärung irgendwelche den anderen Parteiblättern zurückgefallen ist. Es ist auch nicht wahr, daß die Genossen, die dem „Volkstreu“ Artikel eingeschickt haben, abgewiesen wurden. Der Redner wendet sich ferner gegen einzelne Genossen und betont, daß man sich durch diese Ausführungen nicht ins Wackelhorn jagen lassen solle. Es handle sich nur um einige Personen.

Knobloch-Mannheim nimmt die Sportsvereine in Schutz.

Engler-Freiburg: Die Sportsvereine sollten ihre Druckaufträge der Parteipresse überweisen, von der sie auch redaktionelle Förderung erwarten. Die Mitarbeit an der auswärtigen Parteipresse wäre zu begrüßen, wenn sie die badischen Verhältnisse objektiv darstellten. Persönliche Gründe sollten bei der Frage der Volksfreundredaktion wie auch des Korrespondenzbureaus ausbleiben. Das Korrespondenzbureau kann uns wertvolles Material liefern.

Leppert-Etlingen: Die Hauptaufgabe tragen die Pressemission und der Landesvorstand, die glauben, mit zwei Redakteuren auskommen zu können. Ein Abgeordneter sollte nicht im Nebenamt noch Redakteur sein. — Die Wochenblätter sind schon totgeredet und totgedruckt worden; für die Agitation auf dem Lande wären sie aber wertvoll.
Grunbach-Freiburg stellt einen Schlußantrag.

ParteiSekretär Trinks widerspricht diesem Antrag. Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Im Schlußwort bittet Trinks (ParteiVorstandsmitglied) um Ablehnung der Anträge, die ein Wochenblatt wünschen.

Kruse (persönlich) bestreitet, gegen Kolb persönlich eingenommen zu sein.

Leppert (persönlich) betont gegenüber Kolb, daß er (Leppert) während seiner Tätigkeit am Volksfreund seinen Standpunkt stets vertreten habe.

Bei der Abstimmung werden die Anträge auf Einführung eines Wochenblattes (Anträge 9-12) abgelehnt.

Der Antrag 13 auf Beigabe von einheitlichen Fahrplänen an alle drei Parteiblätter wird ebenfalls abgelehnt.

Damit haben die Verhandlungen des ersten Tages ihr Ende erreicht und die Weiterberatungen werden auf Sonntag früh halb 9 Uhr vertagt.

Zweiter Verhandlungstag. (Öffentliche Sitzung.)

\* Freiburg, 21. Juni 1914.

Der Vorsitzende, Genosse Dr. Frank eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Er gibt bekannt, daß Vertreter der Parteioorganisationen der Nachbarländer Böhle von Elsch-Lothringen, Neumann von der Heßlingen, Körner von der habsburgischen, Hartmann vom Gau Pfalz und vom Deutschen Parteivorstand Pfannkuch erschienen sind.

Genosse Pfannkuch als Vertreter des Parteivorstandes übermittelt dessen Grüße. Er freut sich der Tagung beizumohnen zu können. Er habe aus den gestrigen Verhandlungen mit Bestätigung die Überzeugung gewonnen, daß auch die badische Partei-Organisation geschlossen und einig in der Kampffront stehen will. Ich bin einer der wenigen noch Lebenden, die von Anfang der Gründung der Partei derselben angehört haben. Heute ist die sozialdemokratische Partei nicht nur die stärkste Partei Deutschlands, sondern auch der feste Kern der internationalen Sozialdemokratie. Die bisher erzielten Erfolge unserer Partei geben uns die Garantie, daß es auch in Zukunft siegreich weiter vorwärts gehen wird. Wir fragen nicht, wo steht der Feind, sondern wir sagen: Feinde räumen um. In diesem Sinne mögen auch die Beschlüsse der heutigen Tagung der badischen Sozialdemokratie dazu beitragen, daß der Kampf mit diesen Feinden erfolgreich wird. (Beifall.)

Es wird nun in die Tagesordnung eingetreten und fortgefahren bei Punkt 3.

Das Referat hierüber hat Gen. Dr. Frank; er führte aus: Ich kann dem roten Reichstag kein besseres Zeugnis ausstellen, als wenn ich sage, noch nie vorher ist das deutsche Parlament von den Rückschritten aller Schattierungen so festig geholt und so gütig beschimpft worden, wie seit den Wahlen 1912. In der Presse und in Versammlungen, von altschönen Professoren, pensionierten Generalen und eifrigen Landräten! Die Wahlen schlugen sogar bis ins preußische Herrenhaus, in dieses Museum politischer Versteinerungen, wo sonst vornehme Langeweile herrscht und wo jetzt ein Herr von Ruffhammer den Beweis führte, daß ein aristokratischer Name sich ganz gut mit pöbelhafter Gefinnung und Ausdrucksweise verträgt. Die „Deutsche Tageszeitung“, die von Dertel im Geiste von Adenburch-Januschew geleitet wird, schrieb am 8. Juni 1914:

Der Reichstag ist vor den Augen der Welt lange schon nichts weiter mehr, als ein Ballast der deutschen Geschichte, als ein Hemmnis des vaterländischen Fortschritts und das Uebel aller Uebel, an denen wir leiden.
In diesem Tone spricht das konservative Blatt von der den Feinden in der Geleebung gleichberechtigten Vertretung des deutschen Volkes! Aber dieser Wutausbruch ist im Grunde für uns erfreulich. Er beweist, wie sehr die Hiebe von 1912 gegessen haben und wie sehr sie heute noch schmerzen. Zum erstenmale wieder seit Jahrzehnten sind die Konservativen im Reichstag eine kleine ohnmächtige Minderheit, die weder mit dem Zentrum noch mit den Fortschrittlichen und Liberalen eine Mehrheit bilden kann. Ohne sie und gegen sie sind wichtige Gesetze gemacht worden. Bekanntlich fühlt sich ein richtiger Junfer schon zurückgesetzt, wenn er nicht bezogen wird. Wir freuen uns aufrecht, daß die ersten Kreuze mit diesem Reichstage nicht zufrieden sind, denn der Machtinstinkt der Herren von Ruffhammer, Heubrand und Westarp ist ein untrüglicher politischer Kompass; ihre Befürchtungen sind nicht unbegründet: Der Reichstag von 1912 hat einige Forderungen verwirft, die noch vor wenigen Jahren unerreicht und nebelfern zu sein schienen. Er hat das große Verdienst, die Wauer der indirekten Reichsteuern

durchbrochen zu haben. Er hat den besthenden Klassen den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer aufgegeben, unter unermüdlicher Kampfgestalt gegen die indirekten Steuern war nicht vergangen. Das war ein großer Sieg der Demokratie und zugleich ein Erfolg der Friedensliebe! Denn die Steuerzettel über den Wehrbeitrag sind die wirksamsten Flugblätter gegen den Militarismus (Sehr gut) und sie werden von Beamten verbreitet und unterliegen nicht der Verschlagung! — Und zu gleicher Zeit wurde von einer anderen Seite eine Wresche in die Fehung der Militärgehalt geschlagen. Unter Führung der Sozialdemokratie zwang der Reichstag den Kriegsminister, einer Milderung veralteter unmenschlich harter Bestimmungen des Militärstrafgesetzes zuzustimmen. Der Widerstand wurde überannt. Die Empörung, die dem Zucht hausurteil von Efurt geantwortet hatte, war stärker als der Eigensinn der Generale. Was in jahrelanger mühsamer Arbeit nicht gelungen war, wurde jetzt in einigen Stunden durchgeführt. Zum erstenmale in der Geschichte des deutschen Reiches wurde bewiesen, daß gegen den ersten Willen des Volkes und der Volkvertretung auch die Militärgehalt der schwächere Teil ist. Beweis wurde nur eine kleine, wenn auch wichtige Teilreform durchgeführt, aber ein Fortschritt bedeutete es auch, daß die bürgerliche Mehrheit, vorwärts getrieben durch die Sozialdemokratie, bei Beratungen der Militärvorlage in zahlreichen Resolutionen Änderungen des Gesetzes forderte. Die ungerechte Bevorzugung der Garde, die willkürliche Art der Offiziersbeförderung, der Eingriff des Militärs in das Erwerbsleben durch den Militärbudget und zahlreiche andere Grundübel wurden getadelt, und wenn es zunächst auch nur bei Worten blieb; die Wähler können dafür sorgen, daß aus der Nichterfüllung der Reformwünsche bei der nächsten Militärvorlage Taten folgen. Das hat man schon bei den Verhandlungen über den Bau eines Ministerkabinettsgebäude gesehen.

Nicht so wichtig als die erzielten Fortschritte ist die Tatsache, daß dieser Reichstag für kein Ausnahmegericht zu haben ist. Immer wieder beantragte der Graf Westarp verstärkten Schutz der Arbeitwilligen

ein Gesetz zur Anhebung der Gewerkschaften. Aber die Konservativen konnten im Reichstag um ihr Ritterhäuslein nur eine kleine Schar sammeln, 50-60 Gesetze der Nation, darunter eine kleine Schar Kupp und Wittum, der eine gewählt von christlichen Zigarrenmachern, der andere von irreführenden Zentrumsarbeitern. (Hört! hört!)
Das gesteigerte Selbstbewußtsein der Volkvertretung zeigte sich auch in der Änderung der Geschäftsordnung. Die kleinen Anfragen und die neu geschaffene Bestimmung, daß nach Interpellationen Beschlüsse gefaßt werden können, bedeuten an sich noch keine Machtvermehrung. Diese Einrichtungen sind vielmehr nur Werkzeuge, um die vorhandenen Rechte besser als bis-

her auszunützen. Aber sie zeigen doch Entwicklungsmöglichkeiten. Sie werden diejenige Bedeutung erlangen, die der Machtvolle des Parlaments ihnen gibt.

Und diese Dinge werden durchgeführt, obwohl eine feste Mehrheit der sogenannten Linksparteien nicht vorhanden ist. In jedem Augenblick muß gerechnet werden mit den bald nach rechts, bald nach links schwankenden Gestalten Wasser-manns, (Heiterkeit). Der Gedanke hat etwas Tragisches, daß so unsichere Kantontisten das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden können. Ich las einmal bei einem französischen Schriftsteller, wie zwei Heere vor der Schlacht des deutschen Volkes standen und ein Hase zwischen durch rannte, worauf ein allgemeines Gelächter auf beiden Seiten entfiel. So stehen sich die Schlachtlinien der deutschen Demokratie und der entschlossenen Reaktion gegenüber und dazwischen laufen die Nationalliberalen Hasen herum und werden ausgelacht (Stürmische Heiterkeit.)

Bei der Reichstag den konservativen Antrag, die Arbeitswilligen noch mehr zu schützen, ablehnt, gehen sie daran, durch Polizeiverordnungen das Streikpostenwesen zu verbieten und dadurch das von der Gewerbeordnung gegebene Koalitionsrecht auszuhöhlen. Das Königreich Sachsen und zwei preussische Provinzen sind mit diesem Beispiel vorangegangen. In Bayern wird unter Führung des Zentrums ein Ausnahmegericht geschaffen, das die Sozialdemokraten in verfassungswidriger Weise aus den Gemeindevorständen vertreiben soll. Und in den meisten Bundesstaaten wird die Sache noch einfacher gemacht: ohne Änderung der Reichsgesetze wird einfach dem Geist dieser Gesetze zuwider gehandelt. Das ist das Schicksal des Reichsvereinsgesetzes. Die Gewerkschaften werden für politische Zwecke erklärt, die Jugendorganisationen werden verboten. In Berlin wurde ein Vortrag über die Pflege und Zucht der Seidenraupe als politisches Thema betrachtet; die jugendlichen Arbeiter wurden mit Gewalt verhindert, über diese staatsgefährliche Seidenraupe etwas zu hören. (Heiterkeit.) Der gleiche Staat und die gleichen Polizeipräsidenten unterstützen aber ganz offen die gelben Jugendorganisationen und ihre politischen Ziele. Mühe geben, ihre politische Herkunft und ihre politischen Ziele zu verschleiern. Wir müssen den Reichstag gegen diesen gefährlichen Partikularismus verteidigen. Wir sind auch darin die Erben des Liberalismus, daß die Sozialdemokratie heute im Interesse der Arbeiterbewegung die stärkste Stütze des Zentralparlaments und damit der Reichseinheit geworden ist.

Das bedeutet aber nicht, daß wir etwa auf allen Gebieten mit dem zufrieden sind, was dieser Reichstag getan oder unterlassen hat. Im Gegenteil, wir haben sehr viel auszufechen. Der Wagen der Sozialpolitik ist auf einem toten Meißel festgefahren. Nur das Gesetz über die Konkurrenzklausele ist zu Stande gekommen, das eine alte sozialpolitische Forderung, allerdings nur in verjüngter Form, verwirklicht, dagegen haben die Handlungsgelassen das von Ihnen sehnlichst erwartete Gesetz über die einheitliche Sonntagruhe nicht bekommen. Der Mut zu einem großen Wurf, zu einem Reichswohnungs-gesetz, oder zur Reichsarbeitslosenversicherung ist nicht vorhanden. Nicht einmal kleinere Reformen, wie die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersversicherung konnten noch durchgeführt werden. Hier fehlt der entschlossene Mehrheitswille. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Die Regierung stehen auch die meisten bürgerlichen Parteien unter dem Druck der Schwerindustrie. Der Mittelstand läßt sich gedankenlos von den Schachmachern ins Schlepptau nehmen. Die herrschenden Kreise leben vollständig in den Anschauungen der Großindustrie. Sonst hätte nicht ein Mann wie der Generalfeldmarschall von der Goltz schreiben können, das deutsche Volk und namentlich die unteren Klassen seien zu sehr verweichlicht und verweichlicht, weil sie durch zu viele Versicherungen gegen alle Gefahren des Lebens beschützt seien. Man kann so etwas leicht sagen, wenn man eine hohe Offizierspension bezieht. Der Herr Feldmarschall sollte einmal versuchen, eine Woche lang mit einer Invalidenrente oder mit 50 Prozent Unfallrente auszukommen (Sehr richtig). Bieleicht wird er dann begreifen, daß unter den heutigen Umständen die Arbeiter nicht verweichlichen, sondern zu rücksichtslosem Kampf aufgeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Es ist kein Zweifel, daß diese Generale, die mehr Tinte als Blut für das Vaterland versprechen (Stürmische Heiterkeit), die Sozialpolitik bekämpfen. Eigentlich sollte doch einem Feldmarschall klar sein, daß die Sozialpolitik der beste Schutz der Volksgesundheit ist und daß ohne Volksgesundheit auf die Dauer keine Wehrhaftigkeit möglich ist. Aber all diese Erwägungen treten zurück hinter der Angst, daß die Reichseinnahmen, die der Arbeiterfürsorge gewidmet werden, dem Militarismus verloren sind. Diese Kriegsmänner halten für selbstverständlich, daß immer neue Milliarden für riesige Heeresvermehrungen ausgegeben werden. Aus diesem Grunde stehen diese Heerführer auch den Beamtenwünschen ablehnend gegenüber und der General Liebert hat ja einen Teil der unteren Beamten als Sozialisten gekennzeichnet. In den Augen dieser Herrschaften ist jeder Arbeiter oder Angestellte, der ein freies Koalitionsrecht und anständige Lohnverhältnisse beansprucht, ein Sozialdemokrat. Und im Grunde genommen ist etwas Wahres daran, weil wir die große Partei derjenigen Leute sind, die nicht von fremder Arbeit, sondern von eigener Arbeit leben. (Sehr gut!)

In unserem unermüdlichen Kampf für die Rechte der Arbeiter gegen die Macht des Kapitalismus werden wir in der nächsten Zeit große

volkswirtschaftliche Aufgaben

lösen müssen. Die Handelsverträge laufen ab. Die deutsche Fertigungsindustrie, die an einem Abbau der Schutzzölle interessiert ist, hat keine genügende Organisation. Vor wenigen Tagen erst, hat ein badischer Industrieller von der großen Firma Gütermann in Waldkirch in der „Frankfurter Zeitung“ darüber gemurmelt, daß seine Verfassungen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses noch nicht begriffen hätten. Die Schwerindustrie dagegen ist in dem schutzlosen Zentralverband der Industriellen ausgezeichnet organisiert und der gemeingefährliche Wund der schaffenden Stände bedroht gleichzeitig die Arbeiter als Konsumenten wie als Produzenten. Wir werden für die Politik der Handelsverträge wie in früheren Jahren energisch eintreten. Wir wollen keinen Zollkrieg, auch der wirtschaftliche Friede mit dem Auslande ist eine nationale Notwendigkeit. Im letzten Jahre begünstigt durch die Schutzollpolitik sind gewaltige Vereinigungen großer Kapitalgruppen entstanden. Auf den verschiedensten Gebieten droht die Gefahr von Privatmonopolen, die nach Willkür durch Erhöhung der Preise das Volk ausbeuten können. Die Rohstoffe, die nicht bloß in die Industrie, sondern auch in jeden Haushalt eingreifen, werden von den Männern des Kohlenhandels gemacht, vor denen sich die preußischen Minister in Demut beugen. Die Direktoren der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft verfügen über einen riesigen Teil der deutschen Wasserkraft, und ähnliche Einrichtungen sehen wir in der ganzen Industrie beschleunigt durch die Konzentration des Kapitals in den deutschen Großbanken, die unser Wirtschaftslieben beherrschen. Aber heute fehlt noch vielfach der Mut oder die Einsicht, gegen die deutschen Privatmonopole vorzugehen. Vorerst wagen sie nur zum Widerstand gegen die ausländischen Kapitalisten gegen die Uebermacht der amerikanischen Trusts aufzurufen. Alle Dinge in der Welt bewegen sich ja auf der Linie des geringsten Widerstands. Die Margarineindustrie ruft um Hilfe gegen die übermächtige amerikanische Konkurrenz. Die Zigarettenfabrikanten kämpfen einen verzweifelten Kampf gegen den Drachen des amerikanischen Trusts, der sie verschlingen will, und die einzige Hilfe die zuletzt möglich scheint, ist das

Reichsmonopol anstelle des Monopols von Privatkapitalisten. In dem Kampfe gegen die Privatmonopole müssen wir Sozialdemokraten in der vordersten Reihe stehen. Wir haben das schon bewiesen, bei der Mitarbeit an dem Versuch der Reichsregierung, das Monopol des Erdölkönigs Rockefeller, des schlimmsten Arbeiterfeindes der Welt, in Deutschland zu brechen. Das Zentrum hat sich schüchtern vor die bedrohte Alleinherrenschaft der Standard-Oil-Kompagnie gestellt. Und wir wissen nicht, ob das unterbrochene Werk zu Ende geführt wird. Wir gehen an diesen gewaltigen Zukunftsbaue heran, gerüstet wie die Juden vor dem Bau des zweiten Tempels, wir führen in der einen Hand die Axt, in der anderen das Schwert. (Lebhafter Beifall.) Während wir dem Reich gewaltige wirtschaftliche Kräfte zuweisen, fordern wir gleichzeitig Anteil des Volkes an der Verwaltung und überhaupt demokratische Ausgestaltung der neuen Institutionen; denn wir wollen nicht aus dem Regen der Kapitalisten in die Traufe der Bürokraten kommen. Wir wollen keinen volkswirtschaftlichen Absolutismus. Das Volk ist reif, seine Geschichte selbst zu entscheiden. Die Demokratie ist in Deutschland auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Schutz gegen die Privatmonopole bieten nur Reichsmonopole, und Reichsmonopole sind nur erträglich, wenn sie unter der Kontrolle der Volksvertretung stehen. Unter der wirklichen und wirksamen Kontrolle eines machtvollen Reichstags!

Und zu der gleichen Forderung kommt jeder, der einen Blick auf die

auswärtige Politik

wirkt. Der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich lastet wie ein unerträgliches Joch auf beiden Völkern. Immer neue Klüftungen haben und drücken, zuletzt eine Verlängerung der Dienstzeit bei unseren Nachbarn! Wie ein unabänderliches Schicksal haben die Franzosen und die Deutschen es lange getragen. Aber seit einem Jahre ist das anders geworden. Ein kräftiger Widerstand ist erwacht. Auf den Konferenzen in Bern und Basel reichten sich die Vertrauensleute beider Nationen in erlichem Friedenswille die Hand und wir freuen uns besonders, daß in Basel die Majorität der deutschen Volksvertretung wie des französischen Parlaments vertreten war. Nicht die Diplomaten, sondern die Demokraten beider Länder werden den Frieden sichern. Die französischen Vertreter verkörpert zugleich die Regierungsmacht ihres Vaterlandes. Wir Deutschen waren die amtlichen Sprecher des deutschen Volkes, der öffentlichen Meinung im Reich. Das ist gewiß viel und bedeutungsvoll, aber deutlich zeigt sich in solchen Augenblicken die politische Minderwertigkeit unseres Reiches. Wenn aus der Mehrheit des Reichstages auch die Regierung gebildet werden müßte, wie in anderen Kulturländern, so wäre jetzt die Gelegenheit, den Franzosen vor Regierung zu Regierung die Hand hin zu strecken, und sie würde nicht zurückgewiesen werden. Eine Last würde von Europa genommen. Wenn das französische und das deutsche Volk einig sind, diktiert sie der Welt den Frieden. (Lebhafter Beifall.)

Daß Deutschland zur Demokratie und zur parlamentarischen Verfassung fortschreitet, ist nicht bloß eine nationale, nein, eine europäische Notwendigkeit. Diese Entwicklung läßt sich auch in Deutschland nicht aufhalten. Wir erleben Entschärfungen und beschämende Rückschläge der bürgerlichen Mehrheit in Schwäche und Willenlosigkeit. Ich brauche nur daran zu erinnern, wie häufig der Rückzug war, den bei der zweiten Jahresdebatte des Zentrums und die Konventionen unter der glänzenden Führung des Herrn Lehndorff antraten. (Sehr richtig!) Aber trotz alledem geht es vorwärts, weil die Sozialdemokratie, die Volksstimmführer des Massenwillens, zum Ziele drängt. Die Arbeiterbewegung ist die Trägerin des politischen Fortschritts. Gegen sie richtet sich deshalb der Haß aller Verteidiger des alten Unrechts. Rüstungsfabrikanten, Brotwucherer, Kriegsheker, Scharfmacher, alle rufen auf zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie. Sie hoffen, eine Auflösung des Reichstages bald zu erzwingen, durch den roten Schrecken die Spießbürger einzuschüchtern, die sozialdemokratische Fraktion zu schwächen, und durch das neugebildete Parlament Arbeitswilligensgesetz, Ausnahmeverordnungen in der Reichsgerichtsordnung und agrarische Handelsverträge zu erzielen. So erklärt sich die gesteigerte Hebe gegen uns, der scharfe Kurs gegen die jugendlichen Arbeiter, der ja auch nach Wien übergriffen hat, die vielen Kronprinzengestalten, die Anklagen gegen Rosa Luxemburg und die unerhörten Strafen gegen die armen Teufel, die das Denkmal des Kaisers Friedrich angepinelt haben. — Wie gerufen kam in diesem Augenblick für die Sammlungspolitik die

Kaiserhoch-Affäre

am Schluß des Reichstages. Eine mißtönende Schimpfmusik begann und will nicht mehr aufhören. Der Reichsverbandler von Liebert spielt auf der Orgel die Sammlungsmelodie und Herr Erzberger tritt den Bläsern. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bedauere, daß wir es den Herrschaften so leicht gemacht haben. Ich gehöre zu den 47 Abgeordneten, die in der Fraktion gegen das Ehrenkleid gestimmt haben. (Stürmischer Beifall.) Ich verstehe es, wenn Arbeiter in der Erbitterung über ihre wirtschaftliche Ausbeutung und ihre politische Entrechtung nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Von den Vertrauensleuten im Parlament aber müssen wir fordern, daß sie sich nicht von Stimmungen leiten lassen, sondern die politischen Folgen ihrer Taten erwägen. Diese Voraussetzung hat gefehlt. Der Beschluß hat zu Mißdeutungen geführt, der Fraktion wurden Motive untergeschoben, die sie nicht hatte. Genosse Dittmann-Solingen hat ja geschrieben, daß die Mehrheit weder eine Demonstration gegen den Kaiser, noch gegen die Monarchie beabsichtigt. Ich kann ihm dies bestätigen. Aber es kommt in der Politik nicht bloß darauf an, was wir bei einem Beschluß denken, sondern darauf, welchen Eindruck es macht und was die Gegner sich dabei denken. Politische Aktionen müssen ihre Erklärung in sich selber tragen. Beschlüsse, die ein Kommentar brauchen, sind immer verfehlt. (Beifall.)

Ich will mich auf diese notwendigen Bemerkungen beschränken, solange gegen die Fraktion mit Staatsanwalt und Anwalt paragrafen gedroht wird. Glauben die Verteidiger der Krone vielleicht, so der Monarchie zu nützen? Ich las in den Erinnerungen des Dichters Karl Emil Franzos folgende Geschichte: In der Religionsstunde meldet sich ein Gymnasiast, geplagt von Gewissensbisse und geht, er glaube nicht an Gott. Statt ihn zu belehren und zu überzeugen, ruft der Geistliche mit zornigem Gesicht: „Wenn Du nicht gleich an Gott glaubst, so rufe ich den Herrn Direktor.“ So jahren jetzt auch unsere Sammlungspolitik: „Wenn ihr nicht gleich an die Monarchie glaubt, holen wir den Staatsanwalt!“ (Lebhafte Heiterkeit.) Diese Drohungen sind das sicherste Mittel, die neue Praxis der Fraktion zu bereinigen. Die Hebe der Hebebrand, Belib und Konfession wird nicht verflammen, sondern sich verstärken. Das nächste Ziel ist die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen mit der Parole „Für die Monarchie“. Und das neue Parlament wird ein Arbeitswilligensgesetz machen, ein Gesetz gegen den politischen Massenstreik, agrarische Handelsverträge und eine verächtlichste Geschäftsordnung. Bekanntlich ist vorgeschlagen worden, solche Abgeordnete, die trotz Aufforderung des Präsidenten sich nicht erheben, von den Sitzungen auszuschließen. In diesem Zusammenhang ist vielleicht nützlich, daran zu erinnern, daß ein solcher Paragraph sich nicht nur gegen die Sozialdemokratie richten würde. Als vor wenigen Jahren das verbündete Königreich Italien den Gebenstag seiner Gründung feierte und der Präsident im Reichstag die Glückwünsche des deutschen Volkes zum Ausdruck brachte, erhoben sich die Reichstagsmitglieder, die Herren vom Zen-

trum aber fliehen sahen. Die Erinnerung an den Kirchenstaat war ihnen offenbar peinlich, und sie gaben ihrer Stimmung Ausdruck ohne Rücksicht auf die Reichstagsmehrheit und ohne Rücksicht auf den befreundeten Staat.

Wohlan! Wir stehen vor schweren Kämpfen, aber wir sind bereit und gerüstet. Wir haben in der letzten Woche der Welt gezeigt, was wir leisten können, wenn der schlummernde Riese des Massenwillens erwacht. Wir sind des Sieges gewiß. Gegen die Sammlung der Ausbeuter rufen wir auf zur Sammlung aller, in deren Herzen die Sehnsucht nach einem freien Deutschland lebt.

Barwärts und laßt die Banner fliegen für Demokratie und Sozialismus!

(Sangeshaltender, stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende gibt eine Resolution zu diesem Punkte und einen Antrag bekannt. Die Resolution lautet: Der hiesige Parteitag in Freiburg 1914 erklärt sich ausdrücklich mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch am Schluß der jetzigen Session einverstanden.

Beinh. Kruse u. Gen. Hierzu wird namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag lautet:

Der Parteitag erklärt, daß kein Grund vorliegt, die frühere Praxis der Reichstagsfraktion bei einem Kaiserhoch zu ändern. Reinholdt-Singen, Niedmiller-Emmendingen, Großhans-Konstanz u. Gen.

In der Diskussion über das Referat des Gen. Dr. Frank ergreift zuerst

Gen. Kruse-Karlsruhe das Wort. Gen. Dr. Frank habe zu schwarz gemalt. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien habe gezeigt, daß sie alle im Banne des Imperialismus stehen. Der Reichstag ist vollständig zur Machtlosigkeit verurteilt. Er vertritt nur die Interessen des Bürgertums. Von 170 Initiativanträgen sind ganze 3 erledigt. Der Wille des Volkes muß durch Massenemonstrationen kundgegeben werden. Weiter begründet Redner die Resolution, die sich mit dem Verhalten der Fraktion einverstanden erklärt.

Großhans-Konstanz kennzeichnet den immer heißer werdenden Kampf gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung überhaupt. Trotz alledem darf man die Klugheit nicht vergessen. Unsere Stellung zur Monarchie und unsere Ziele sind so fest unerschütterlich, daß wir nicht mehr nötig haben unsere Stellung nochmals zu präzisieren.

Dietrich-Karlsruhe: Wenn die Gegner leben, dann haben wir die Pflicht, uns hinter die Fraktion zu stellen. Bis in den hintersten Winkel hinein wird durch das Verhalten der Fraktion unsere republikanische Gesinnung bekannt.

Wittger-Mannheim: Die Auffassung des Gen. Kruse, daß Gen. Dr. Frank grau in grau gemalt habe, ist nicht richtig. Der Vorgang beim Schluß des Reichstages hat eine Bedeutung erhalten, die ihm nicht zukommt. Es lag für die Fraktion kein Anlaß vor, von der seither geübten Praxis abzuweichen. Die beste Demonstration ist die organisatorische und agitatorische Kleinarbeit. (Lebhafter Beifall.)

Niedmiller-Emmendingen: Die Genossen, die draußen in der Kleinarbeit stehen, müssen, daß mit dem, was die Fraktion am Schluß des Reichstages getan, auf dem Lande keine Erfolge erzielt werden können. Der deutsche Michel fällt immer darauf herein, wenn man ihm mit nationalen Phrasen kommt. Eine solche Demonstration wäre vielleicht am Plage gewesen zur Zeit, wo der Kaiser die Reden gegen unsere Partei hielt, wo er uns das Wort von den vaterlandslosen Gesellen zurief. (Sehr richtig!)

Der Vorsitzende teilt mit, daß eine ganze Anzahl Genossen ihre Unterschrift beim Antrag Kruse zurückgezogen haben.

De. Mörch meint, bei der Militärvorlage hätte eine energiegeladene Agitation entfaltet werden sollen. Auch die beschlossenen direkten Steuern, denen unsere Fraktion zustimmte, werden auf die Massen abgewälzt, auch hier ist das Volk der leidtragende Teil. Wir müssen für die Freiheit der Gewerkschaften eintreten. Der Parteitag darf die Reichstagsfraktion nicht im Stich lassen.

Trinius-Karlsruhe: Das Gespenst der Reichstagsauflösung kann nicht schrecken. Die Folgen brauchen wir nicht zu fürchten. Es handelt sich bei der vorliegenden Resolution darum, ob wir hier gegen unseren einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten Bedenken stellen wollen. Die Anträge stellen wollen sich nicht gegen ihn wenden und ziehen ihre Resolution, der die Haltung der Fraktion billigt, zurück, wenn die andere Resolution ebenfalls zurückgezogen wird.

Der Vorsitzende teilt mit, daß ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über beide Resolutionen eingegangen ist. Dr. Frank-Mannheim: Der Parteitag muß sagen, was er denkt. Wir wollen hier keine politische Handelsgefächte machen.

Reinholdt-Singen erklärt, daß er seinen Antrag nicht zurückziehe. Niedmiller-Emmendingen bittet, daß beide Resolutionen zurückgezogen werden möchten.

Kolb-Karlsruhe bedauert, daß über all die wichtigen anderen Dinge heute nicht gesprochen werden kann wegen der Anscheinung der Frage über die Haltung der Fraktion. Wir haben bisher immer schlecht abgekniffen, wenn es den Gegnern gelang, die deutschen Wähler mobil zu machen. Die Gegner warten nur darauf, um eine günstige Wahlparole zu bekommen. Die Frage Monarchie oder Republik hat jetzt und in absehbarer Zeit für uns in Deutschland keine aktuelle Bedeutung. Was ist das für eine Taktik, in der Zeit, wo es sich um Ganze handelt, einen solchen Janusapfel in die Partei zu werfen. Der letzte Erfolg ist, daß die Sozialdemokratie vollständig isoliert wird. War denn ein Anlaß vorhanden, eine Jahre lang geübte Praxis zu ändern? Wir müssen rücksichtslos vorgehen, daß solche Fehler nicht mehr gemacht werden dürfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Genosse Dr. Frank hat das Schlusswort. Es ist zu bedauern, daß der Parteitag für die vielen wichtigen Arbeiter- und sozialen Fragen kein Interesse zu haben scheint, und nur über Etikettenfragen sich unterhält. Die Etikettenfrage ist aber zu einer Machfrage geworden. Die Konventionen nutzen die Stellung der Fraktion aus. Zu bedauern ist, daß die Antragsteller der Resolution Kruse getreten schon Unterschriften sammeln, ohne die Stellung des sozialdemokratischen Abgeordneten abzuwarten. (Zustimmung.) Der Antrag Reinholdt enthält keine Spitze gegen die Mehrheit der Fraktion. Eine Anzahl Fraktionsgenossen haben erklärt, daß sie gegen den Beschluß der Fraktion, wie es nachher ausgeführt wurde, gestimmt hätten, wenn sie bei der Abstimmung hätten anwesend sein können. Ueber unsere Stellung zur Monarchie besteht nichts ein Zweifel. Es liegt aber im Interesse der Reaktionäre, diese Frage in den Mittelpunkt des Kampfes zu stellen. Unser Interesse ist: Wollt ihr Freiheit der Gewerkschaften, billige Lebensmittel, Kampf gegen den Zollwucher? Wir sind so stark, daß keine Macht uns schwächen kann. Schwächen kann sich die Partei nur selbst. Redner bittet, den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung und den Antrag, der die Haltung der Fraktion billigt, abzulehnen.

Kruse-Karlsruhe zieht die Resolution zurück. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Der Antrag Großhans wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Das Wort zu einer Erklärung erhält Gen. Pfannkuch-Berlin. Der Fraktionsvorstand habe nichts versäumt, um jedem Fraktionsgenossen zu ermöglichen, an der Abstimmung über die Haltung beim Schluß des Reichstages teilnehmen zu können. Der Antrag war den Mitgliedern 3 Wochen vorher bekannt. Die Einladung und der Antrag waren jedem Genossen zugegangen. Die Abstimmung war auf weitere 8 Tage hinausgeschoben worden. Der Fraktionsvorstand hat also nichts versäumt, um jedem Mitglied möglich zu machen, an der entscheidenden Sitzung teilzunehmen.

Böhle-Strasbourg bestätigt die Mitteilungen des Gen. Pfannkuch. Behauerlicherweise fand die entscheidende Sitzung aber an dem bestimmten Tage nicht statt, obgleich die meisten Genossen anwesend waren und in den Einzelsitzungen ihre Arbeiten zurückgestellt hatten. Der Vorsitzende der Fraktion erklärte, daß vergessen worden sei, die Sitzung festzusetzen. Bei der nächsten Sitzung, wo dann über die Haltung der Fraktion entschieden werden sollte, waren viele Genossen wieder abgereist und so kam dann die Zufälligkeit zustande.

Damit ist der Punkt „Reichspolitik“ erledigt. Form-Singen berichtet nun über das Ergebnis der Mandatsprüfungskommission.

Anwesend sind insgesamt 149 Delegierte, 4 Gäste der benachbarten Landesorganisationen und 1 Vertreter des Parteivorstandes-Berlin. Der Landesvorstand ist vollständig erschienen. Da keine Beanstandungen sich ergeben haben, bittet der Redner, die Mandate für gültig zu erklären. (Schluß folgt.)

Deutsche Politik.

Die Presse und das Denkmalurteil.

In der linksliberalen Wochenchrift „März“ übt Joachim Rheinbohm an Charlotenburger Denkmalurteil scharfe Kritik. Er bezweifelt, daß der Paragraph 304 des Strafgesetzbuchs in diesem Fall überhaupt Anwendung finden dürfte, da von einer eigentlichen Beschädigung des Denkmals gar nicht die Rede sein könne. Er vergleicht das Urteil mit dem über die Bonner Studenten und findet es über alle Maßen hart. Zugleich wendet er sich aber auch gegen die Haltung der bürgerlichen Presse, indem er feststellt:

In den Berichten der Reporter heißt es: „Als die Frauen der Angeklagten die Anträge des Staatsanwalts vernahmen, brachen sie in gellende Rufe des Entsetzens aus.“

Am nächsten Tag gab es in keiner bürgerlichen Zeitung Berlins auch nur zehn Zeilen der Kritik über dieses Urteil!

So berechtigt diese liberale Kritik an der bürgerlichen Presse ist, so bleibt sie doch hinter der Wahrheit weit zurück. Die bürgerliche Presse hat dieses Urteil nicht nur nicht getadelt, sie hat es selber geradezu herbeigeführt. In lägenhaft sensationellen Retikartikeln war die Käperei behandelt worden, man hatte die vergeblichen Versuche der Sachverständigen geschildert, das Denkmal wieder zu reinigen, Gutachten wurden veröffentlicht, wonach eine vollständige Reinigung des Denkmals überhaupt nicht möglich sein sollte, da die Täter mit besonderem Raffinement eine Farbe gewählt hätten, die tief in den porösen Stein eindringe, so daß sie nur mit dem Meißel entfernt werden könnte. Erst allmählich sicherte die Wahrheit durch, daß die Inschriften binnen wenigen Tagen mit einem Kostenaufwand von 75 Mark vollständig entfernt worden waren. Die konservative Presse veröffentlichte manuskripte Behauptungen, in denen sie eine exemplarische Bestrafung der Täter forderte und die liberale Presse hatte nicht den Mut der Menschlichkeit, dieser fortgesetzten Beeinflussung der Richter zu ungunsten der Angeklagten entgegenzutreten. So sind schließlich die Richter, die ja auch Zeitungsleser sind, der Suggestion dieser Pressebegelegen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß einen sehr großen Teil der Schuld an jenem fürchterlichen Urteil die bürgerliche Presse trägt.

Eine Denkschrift über die Lage der bayerischen Volksschullehrer.

Die am Mittwoch abend erschienene 350 Seiten umfassende Denkschrift über die Lage der Volksschullehrer in Bayern erregt besonders durch zwei Feststellungen Aufmerksamkeit. Einmal wird nachgewiesen, daß die Lehrer zum größten Teil nur das gesetzlich festgelegte Mindesteinkommen erhalten, in den mit Strändendienst verbundenen Stellen in mehr als 2000 Fällen sogar unter dem gesetzlichen Mindestgehalt bleiben. Zweitens wird nachgewiesen, daß die Lage der bayerischen Volksschullehrer erheblich ungünstiger ist als die der Lehrer in irgend einem anderen deutschen Staate. Diese amtlichen Befundnisse und die Anerkennung, daß eine grundlegende Regelung der Lage der Volksschullehrer dringend notwendig ist, hat, obwohl die Verbesserungsvorschläge der Denkschrift weit hinter den Forderungen der Lehrer zurückstehen und ihre Erfüllung außerdem nur für eine ganz unbestimmte Zukunft in Aussicht gestellt werden, bereits den Zorn der Zentrumspresse heraufbeschworen. Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht am Donnerstag folgende höhnende und drohende Note: Einigen in der Denkschrift zum Ausdruck kommenden Gedanken ist man schon in der Schulzeitung des Herrn Wehl begegnet. Für heute sei nur festgestellt, daß die geforderten Mehraufwendungen hohe und bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates nicht erschwingliche Opfer erfordern. Eine objektive Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des bayerischen Staates und der Mehrzahl der schon ohnehin genug mit Steuern und Versicherungsleistungen belasteten Berufsständchen wird dazu führen müssen, daß auch der in der Denkschrift dem Lehrpersonal erscheinenden Zukunftsmusik noch manche Töne verschwinden müssen. Von Interesse wäre es, zu erfahren, ob diese Denkschrift die Deckung des Gesamtministeriums und die Billigung des Ministerpräsidenten gefunden hat.“

Aus dieser Notiz des bayerischen Zentrumsblattes geht hervor, daß das Zentrum die in der Denkschrift amtlich aufgestellten Tatsachen selbst als Schande der Zentrumspolitik empfindet, und deshalb wegen der Aufdeckung der Zustände gegen die Regierung loschlägt.

Werfet gelesene Nummern nicht weg; sondern gebt sie zur Agitation weiter.

### Dem „Bad. Landesboten“ zur Antwort.

Karlsruhe, 22. Juni.

Der „Bad. Landesbote“ brachte dieser Tage einen Artikel „Durch Schaden wird man klug!“, in welchem er nochmals auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur der Beamtenselbstbildungsvorlage im Reichstage zurückkommt. Er schreibt:

Wesentlich hat das Zentrum im Bunde mit der Sozialdemokratie im Reichstage die Befolgungsvorlage zu Fall gebracht. Der „Volksfreund“ war von dieser Tat seiner Genossen ganz entzückt und hat, wie man sich erinnert, die Gelegenheit zu heftigen Angriffen auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Haas benützt, der für den Kompromißvorschlag stimmte. Nun stand im preussischen Abgeordnetenhaus am Mittwoch die Befolgungsvorlage für die preussischen Beamten zur Beratung, und siehe da — Sozialdemokratie und Zentrum stimmten für die Vorlage. Sämtliche Parteien im Reichstage dieselbe Haltung eingenommen und die dortige Vorlage nicht zum Scheitern gebracht, so hätten die Reichsbeamten die durchaus notwendigen Zulagen, die jetzt die preussischen Kollegen erhalten werden, ebenfalls bekommen. Im Reichstage aber stellen sich Sozialdemokratie und Zentrum auf den Standpunkt: alles oder nichts; ein Verfahren, das schließlich dahin führen mußte, daß alle Beamten auch diejenigen, über deren Aufbesserung Regierung und Parlament völlig einig waren, leer ausgehen mußten.

Am Schlusse des Artikels schreibt er dann: „Was sagt nun der „Volksfreund“ zu der Haltung seiner Partei im preussischen Landtag?“

Was wir dazu sagen? Zunächst ist es eine unwarne Behauptung, daß wir die Gelegenheit zu heftigen Angriffen gegen Herrn Dr. Haas benutzten. Umgekehrt ist der Fall. Herr Dr. Haas benutzte jene Vorgänge im Reichstage, um heftige Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion zu richten, die wir zurückgewiesen haben, besonders auch mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß der fortschrittliche Abgeordnete Gubrich, der als Postbeamter und Generalsekretär des Verbands mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten als Sachverständiger in Beamtensfragen im Reichstage angeheben wird, nicht mit seiner Fraktion, sondern mit den Sozialdemokraten stimmte.

Wir geben zu, daß die fortschrittlichen Politiker das sehr begriffliche Bedürfnis haben, den Umfall, den die Reichstagsfraktion ihrer Partei in der Frage der Befolgungsvorlage vorgenommen hat, zu beschönigen. Zu diesem Zwecke wenden sie jedoch ein gänglich untaugliches Mittel an: sie machen nämlich den krampfhaften Versuch, die Haltung unserer Reichstagsfraktion in einen künstlichen Gegensatz zu bringen zu der Haltung, die die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses in der Befolgungsvorlage eingenommen hat. In Wirklichkeit besteht ein solcher Gegensatz natürlich nicht. Genau wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die von der Regierung borgehaltenen Gehaltsaufbesserungen für Reichsbeamte für gänzlich ungenügend erklärte, so ließ auch die sozialdemokratische Fraktion der preussischen Duma von vornherein keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie das, was die preussische Regierung an Gehaltsaufbesserungen vorschlug, für ein ganz und gar unzulängliches Stück- und Pflasterwerk halte.

Genau wie unsere Reichstagsfraktion machte auch die preussische Fraktion im Plenum wie in der Kommission zahlreiche Verbesserungsvorschläge. Genau wie die Reichstagsfraktion forderte auch die preussische Fraktion die bürgerlichen Parteien immer von neuem auf, dem auch hier ausgeprochenen „Unannehmbar“ der Regierung gegenüber festzuhalten. Der Unterschied zwischen Reichstag und preussischem Landtag war eben nur der, daß im Reichstag wenigstens beim Zentrum diese Madenstärkung von Erfolg begleitet war, während im preussischen Zunkerparlament alle bürgerlichen Fraktionen ohne jede Ausnahme vor dem Stimmzettel der Regierung auf der Stelle in die Knie sanken — auch das Zentrum! Im Reichstage war in der Kommission eine wesentliche Verbesserung der Regierungsvorlage zustande gekommen, auf die alle Parteien sich von vornherein festgelegt hatten; unter diesen Umständen war es natürlich undenkbar, daß die Sozialdemokratie hinter die Kommissionsbeschlüsse zurückging. Im preussischen Abgeordnetenhause dagegen war weder in der Kommission noch im Plenum trotz der eifrigsten Bemühungen der Sozialdemokratie eine solche Verbesserung durchzusetzen gewesen. Es lag also bei der zweiten und dritten Lesung nur der Regierungsentwurf vor, nicht, wie im Reichstage, dieser Entwurf und außerdem noch eine verbesserte Fassung. So blieb der sozialdemokratischen Fraktion nichts anderes übrig, als schließlich dem Entwurf, der immerhin einige geringfügige Verbesserungen des bestehenden Zustandes brachte, zuzustimmen, nachdem es wenigstens gelungen war, dem Gesetze rückwirkende Kraft vom 1. April 1914 an zu verleihen. Mit einem Wort, die Haltung unserer preussischen Landtagsfraktion war durch die Tatsache bestimmt, daß dort im Gegensatz zum Reichstage von vornherein nicht die mindeste Aussicht vorhanden war, mehr zu erreichen, als die Regierungsvorlage bot.

Man darf eben nie außer acht lassen, daß in diesem Hause des Dreifloßenswahlrechts auch das Zentrum noch weit volksfeindlicher auftritt als im Reichstage und daß die 10 sozialdemokratischen Abgeordneten einer geschlossenen Abalanz von 433 bürgerlichen Abgeordneten gegenüberstehen.

Herr Dr. Haas hätte zu der Angelegenheit besser geschwiegen, denn Vorbeeren sind aus derselben für die fortschrittliche Taktik im Reichstage nicht zu holen.

### Badische Politik.

Der Proporz in der Ersten Kammer.

Wie bereits berichtet, verhandelte die Erste Kammer, in der die erlauchten Herren sitzen, am letzten Donnerstag über die Verhältnismäßigkeitswahl. Die Herren sind natürlich Gegner der Verhältnismäßigkeitswahl für das ganze Land, aber für den sogenannten Städteproporz, umfassend die Städte Mannheim, Karlsruhe und Freiburg wären sie zu haben.

Interessant war aber, was Herr Staatsrat Dr. Glöckner sagte. Er suchte an Beispielen aus dem Reichstage und Landtag zu zeigen, daß ein Wahlrecht, bei dem auch die

Minoritäten zur Geltung kommen, notwendig und berechtigt sei. Die bürgerlichen Parteien könnten durch die Sozialdemokratie in den Städten und durch das Zentrum auf dem Lande aufgefressen werden. Glöckner stellte sich also in Gegensatz zur Regierung.

Die „Frankf. Zeitung“ bemerkt noch dazu: „Geheimrat Glöckner zeigte, wie trotz der starken Wählerstimmen der Linksparteien eine Rechtsmehrheit in der Kammer nur durch das Wirksamwerden des Großblocks verhindert werden konnte, und er ließ in seiner Weise auch durchblicken, daß nur die Hoffnung des Zentrums, mit dem jetzigen System und der jetzigen Taktik zur Mehrheitsstellung zu gelangen, es zum Proporzgegner habe werden lassen, daß es aber zur früheren Proporzfreundlichkeit sich zurückfinden werde, sobald es dauernd Minderheitspartei bleibe.“

Der Grundsatz des Zentrums war eben noch immer Grundfalschigkeit in allen Stücken.

### Wie das Großherzogtum Baden vor dem Untergang gerettet wurde.

Ein günstiger Wind wehte der Freiburger „Volkswohltät“ Aktienliste auf den Redaktionsstisch, aus denen man ersieht, mit welcher schlotternder Angst die löblichen Behörden in Freiburg der Versammlung der Genossen in Karlsruhe vom 7. März entgegenzuehen, jener Versammlung, in der sie über die Soldatenmißhandlungen sprach, was zu ihrem bevorstehenden zweiten Prozeß geführt hat.

### Schreiben des Großherzogl. Bezirksamts in Freiburg

An den Großh. Minister des Innern:

Wir beabsichtigen, im Hinblick auf die Person der Referentin die Versammlung überlassen zu lassen, würden es aber auch für zweckmäßig halten, die Rede stenographisch aufnehmen zu lassen. Da unserer Ansicht nach nur ein ganz gebardeter Stenograph verwendet werden sollte, ein solcher uns aber unter unseren Beamten nicht zur Verfügung steht, so bitten wir geziemend um die Erlaubnis, einen Stenographen für die erwähnte Versammlung bestellen zu dürfen.

### Schreiben des Großh. Ministeriums des Innern vom 4. März

An das Großh. Bezirksamt in Freiburg:

Die beantragte Ermächtigung wird erteilt. Die Kostenrechnung ist zur Zahlungsanweisung hierher vorzulegen. Bodman.

Wie wir erfahren, erklärte sich der Korrespondent Rudolf Gauer, Breisacherstraße 5, zur Aufnahme der Rede bereit und hat noch den Oberprimar Wilhelm Koch, Kreuzstraße, 20 Jahre alt, mitbringen zu dürfen, damit sie sich ablösen könnte. Für die Stunde Stenographie mit Uebertragung verlangte er den üblichen Satz von 20 Mk., er hat die Rede auch stenographiert, aber nur einen Teil übertragen und 15 Mk. bezahlt erhalten.

### Bericht des Bezirks-Ammanns Freiherr v. Dusch:

Uniformierte Polizeibeamte wurden in den Saal nicht mitgenommen, dagegen zwei Fahndler in Zivil, von denen der eine im Saale nahe dem Ausgang zur Wirtshausstraße. Dieser hatte die Aufgabe, nötigenfalls durch das Wirtshausstelenphon die Hauptwache zu avertieren. Der zweite Fahndler sah hinten im Saal am Haupteingang, er sollte, wenn die Versammlung einer etwaigen Auflösungsanordnung nicht Folge leistet, den Chargierten und Schutzmann (in Uniform), die vor der Hauptwache standen, avertieren, damit diese sich sofort durch den Seiteneingang (Hausmeisterwohnung) zur Verfügung des Polizeireisepolizisten begäben.

Sobald sollte der Fahndler auf seinem Rad, das er draußen vor der Stadthalle stehen hatte, nach der Hauptwache fahren, um diese zu avertieren, für den Fall, daß die Bewachung durch das Telefon nicht fungiert. Auf der Hauptwache waren 20 Mann unter dem I. Polizei-Kommissar versammelt.

Das liberale Ministerium hat sich bei dieser Gelegenheit so glänzend bewährt, daß die Bürger des „Musterlandes“ ruhig schlafen können; unvorbereitet findet uns kein Feind, wenn er ins Land einfällt, die Sicherheitsorgane sind „avertiert“ und werden unter allen Umständen für den Bestand der Staatsordnung „fungieren“.

### Der zollfreie Grenzverkehr.

Der von dem Abg. Niederbühl (natl.) namens der Petitionskommission der Zweiten Kammer erstattete Bericht über die Petition des badischen Bäderverbandes um Abschaffung bzw. Einschränkung des zollfreien Grenzverkehrs mit Mehl- und Wadwaren an der badisch-schweizerischen Grenze und über die Proteste aus Konstanz, Grenzach, Eimeldingen und Weil gegen diese Petition ist im Druck erschienen. Die Kommission stellt den Antrag, die Zweite Kammer wolle die Petition des Bäderverbandes empfehlend überweisen in dem Sinne, daß an den Grenzstationen die Kontrolle über die zollfreie Einfuhr nach der Richtung verstärkt werden soll, daß die mißbräuchliche Benützung dieser Vergünstigung möglichst verhindert wird. Ferner soll die Regierung beim Neuabschluß des Zoll- und Handelsvertrages mit der Schweiz rechtzeitig Vorzüge treffen, daß die bisherige empfindliche Schädigung des Bädergewerbes tunlichst, aber unter Schonung der Interessen der Konsumenten beseitigt wird. Zu den Protesten beschloß die Kommission, diese der Regierung zur Kenntnisnahme als Material für die Verhandlungen bei Neuabschluß des Zoll- und Handelsvertrages mit der Schweiz zu überweisen.

\* Einnahmen der bad. Staatsbahnen. Nach einer amtlichen Darstellung über die Einnahmen der bad. Staatsbahnen im Monat Mai d. J. war die geschätzte Einnahme aus dem Personenverkehr in dem verflohenen Monat um 198 000 Mark niedriger und in den Monaten Januar bis Mai 1914 um 51 000 Mk. höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1913. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß im Jahre 1913 beide Pfingstfeiertage und der Fronleichnamstag in den Mai fielen, in diesem Jahre aber nur der Pfingstsonntag. Aus diesem Grunde sind die Einnahmen aus dem Personenverkehr im Mai 1914 hinter denen des Jahres 1913 zurückgeblieben. Die geschätzte Einnahme aus dem Güterverkehr war im Mai 1914 um 119 000 Mk. höher und in den Monaten Januar bis Mai d. J. um 624 000 Mk. niedriger als in den entsprechenden Zeiträumen des Vorjahres. Der flauere Geschäftsgang ist namentlich im Pausenverkehr noch nicht überwunden.

\* Die Frequenz der badischen Hochschulen. Nach einer amtlichen Uebersicht besuchten 2847 Personen die Universität zu Heidelberg. Davon entfielen 204 auf die theologische, 478 auf die juristische, 1030 auf die medizinische, 669 auf die philo-

sophische, 304 auf die naturw.-mathematische Fakultät. Unter den 2668 ordentlichen Studierenden sind 676 Badener. Die Zahl der Hörer beträgt 179, darunter 61 Badener. Die Universität Freiburg wird von 3178 Studierenden und 151 Hörern besucht. Hieron gehören 987 Studierende der theologischen, 727 der rechts- und staatswissenschaftlichen, 1336 der medizinischen, 488 der philosophischen und 946 Studierende der naturw.-mathematischen Fakultät an. Unter den Studenten sind 646 Badener. Die Technische Hochschule in Karlsruhe hat 913 ordentliche Studierende, 154 außerordentliche Studierende und 79 Hospitanten. Davon sind immatrikuliert in der allgemeinen Abteilung 14, in der Abteilung Architektur 118, Ingenieurwesen 219, Maschinenwesen 242, Elektrotechnik 136, Chemie 178, Forstwesen 7.

### Verbandstag der Brauerei- u. Mühlenarbeiter.

k. r. Hamburg, 18. Juni.

Der vierte Verbandstag beginnt mit der Erörterung von Anstellungsfragen. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, den Posten des Bezirksleiters für Oberschlesien und eines Agitationsleiters in Worms aufzugeben.

Dann werden die Anträge zum Statut beraten, soweit sie nicht der Reinerkommission für die Finanzreform überwiesen sind. Die Abgrenzung des Organisationsgebiets regelt folgende neugefaßte Bestimmung: Unter Berücksichtigung der für die deutschen Gewerkschaften gültigen Bestimmungen, soweit sie nicht durch Vereinbarungen außer Kraft gesetzt sind, können Mitglieder unseres Verbandes alle in nachfolgend benannten Betrieben beschäftigten Personen werden, sofern sie sich den Bestimmungen des Statuts unterwerfen: Brauereien, Bierniederlagen und Depots der Brauereien, Malzfabriken, alkoholfreie Betriebe, soweit sie Eigentum von Brauereien, beziehungsweise solchen angeschlossen sind, Brennereien, Spiritus- und Gasefabriken, Weinkellereien, Getreide-, Reis- und Säalmühlen und die dazu gehörigen Speicher- und Lagerräume, Oelmühlen, soweit sie Nebenbetriebe von Getreidemühlen sind.

Im Statut wird festgelegt, daß erlassene Beiträge nicht nachgezahlt werden dürfen; in der Praxis wurde das Statut bisher schon in diesem Sinne gehandhabt.

Die Entschädigung für Sitzungen in den Zahlstellenverwaltungen wird von 60 Pf. auf 75 Pf. erhöht. Die Zahlstelle Dessau beantragt: Der Verbandstag beauftragt den Hauptvorstand, zum nächsten Verbandstag ein Projekt auszuarbeiten, wonach die kleinen Zahlstellen in kleine Bezirke von 1200 bis 1600 Mitgliedern zusammenzulegen sind und durch einen Beamten verwaltet werden. Es sei dem Hauptvorstand erklärt, daß dem Vorstand der Antrag sympathisch sei, er ersuche, den Antrag dem Vorstand zu überweisen. Es wird so beschlossen.

Eine Reihe von Anträgen verlangt, die Bezirkskonferenzen wieder einzuführen. Der Verbandstag beschließt, daß die Konferenzen nach Bedarf abgehalten werden sollen.

Darauf verlag sich der Verbandstag. Nachmittags wird eine Fahrt nach der Unterelbe unternommen.

### Genossenschaftsbewegung.

\* Aus dem Schwarzwald, 19. Juni. In einer Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins Willingen, die in Oberkirch stattfand, klagten die Landwirte bitterlich über mangelnden Absatz von Vieh. Der Massenbezug von Vieh und Schweinen aus dem Ausland habe bewirkt, daß die inländischen Händler unsere Märkte nicht mehr besuchen. Den Landwirten wurde geraten, ihr Vieh in Willingen schlachten zu lassen und das Fleisch in gemieteten Lokalen zu verkaufen. Ohne genossenschaftlichen Zusammenschluß gebe es keine Abhilfe.

### Soziale Rundschau.

\* Schulabspflanz. Aus Heidelberg wird berichtet: Nach dem offiziellen Stadttratsbericht wurde in der letzten Sitzung der Bericht der städtischen Schulabspflanz bekannt gegeben. Bei der im Schuljahr 1913-1914 vorgenommenen schulpflichtigen Untersuchung kamen die Her-Massen an die Reihe. Die Untersuchung erwies eine erschreckend hohe Zahl von schulpflichtigen Schulkindern. Von 761 untersuchten Schülern und Schülerinnen wiesen nur 61 ein cariesfreies Gebiß auf. Das Untersuchungsergebnis in der Schule wurde in jedem einzelnen Falle den Eltern oder deren Stellvertretern schriftlich zur Kenntnis gebracht.

### Kommunalpolitik.

#### Staatsregie oder gemischtwirtschaftlicher Betrieb?

Mit dieser Frage hatte sich die Hamburger Bürgerchaft anlässlich der Erneuerung des Vertrages mit der dortigen Elektrizitätsgesellschaft zu beschäftigen. Da sich bei dem bisherigen Betrieb durch eine privatkapitalistische Gesellschaft offenbunde Nachteile sowohl für den Staat wie für die Benutzer des elektrischen Stroms herausgestellt hatten, beantragte der Senat Einführung des sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betriebes. Ein bürgerchaftlicher Ausschuss hat diesen Vertragentwurf noch weiter zugunsten der Allgemeinheit verbessert. Es ist jetzt Vorfrage getroffen, daß der Staat entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung der Elektrizitätswerke, die Festsetzung der Strompreise usw. gewinnt. Der Staat erhält als Inhaber von 22 Millionen Mark Vorkursaktien das Recht, neben dem Vertreter der öffentlichen Interessen fünf Mitglieder des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft vorzuschlagen. Mit Rücksicht auf diese Verbesserungen stimmten auch unsere Vertreter am Mittwoch der Vorlage zu. Genosse Henke erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion zwar prinzipiell noch immer die Verstaatlichung für das richtige halte, besonders auch um eine humanere Behandlung der Arbeiter und Angestellten zu erreichen, die jetzt mancherlei zu wünschen übrig lasse. Weil aber für die Verstaatlichung jetzt keine Mehrheit vorhanden, der neue Vertrag dagegen eine geeignete Grundlage für die spätere Ueberführung der Werke in den Besitz des Staates sei, werde sie dem Kompromiß zustimmen. Vertrag und Tarif wurden, nachdem auch die Redner der bürgerlichen Fraktionen trotz einzelner Bedenken ihre Zustimmung erklärt, einstimmig angenommen. Es soll nun zunächst eine bedeutende Vergrößerung der Werke und eine Verbilligung des elektrischen Stroms angestrebt werden, um die stark gesteigerten Bedürfnisse Hamburgs nach elektrischer Energie, besonders auch in dem neu zu schaffenden Industriegebiet, zu befriedigen.

\* Der badische Sparkassentag wird am 19. und 20. d. M. in Gerbach abgehalten. Autor findet eine Versammlung der Redner statt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung behandelt die Bildung eines Giroverbandes der badischen Sparkassen nach sächsischem Muster. In Sachen machte man mit dieser Einrichtung sehr gute Erfahrungen. Den Gästen zu Ehren wird Freitag eine Abendunterhaltung abgehalten.

\* Kommunale Praxis. Wochenbericht für Kommunalpolitik und Gemeindefazialismus. Redaktion Dr. Albert Südekum. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft. Abonnement 3 Mk. pro Quartal.

Bewerkschaftliches.

Zum Streit in dem Linke-Hofmann-Werk zu Breslau. Seit 21 Wochen tobt hier gewaltiger Kampf, an dem rund 4500 Personen, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Sattler, Radierer, Kupferflicker und Gewerbetreibende beteiligt sind.

Aber trotz aller Bemühungen weicht die Fabrikleitung auch nicht um einen Pfennig von ihren Abzügen ab. Hier dran wird unter keinen Umständen gewichen, erklärte am Dienstag, 4. Juni, die Direktion dem vermittelnden Gewerbegerichtsvorsitzenden.

Die Firma bemüht sich nun, mit allen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen, was ihr auch leider teilweise gelungen ist. Wir richten daher das dringende Ersuchen an die gesamte Deutsche Arbeiterschaft, uns in diesem gewaltigen Kampfe zu unterstützen.

Aus dem Lande.

Baden-Baden

Gewerkschaftsdirektor Widen und Umgebung. Wir machen auch an dieser Stelle auf die heute abend im „Reithaus“ stattfindende kompromittierte Gewerkschaftsversammlung aufmerksam und laden wir alle Gewerkschaftsmitglieder, Parteigenossen und Genossinnen zu dieser Versammlung ein.

Der Kampf um die Härte.

Die „Lahrer Zeitung“ bringt folgende niedliche Geschichte: „Der Etat der Stadt Lahr hat seit kurzem eine Mehrausgabe von 90 M. aufzuweisen, eine Summe, die zur Verschönerung der im Spital untergebrachten Männer bestimmt ist.“

Der Was eines Bürgermeisters.

Folgende Weisheit offenbart, nicht etwa der verflozene Bürgermeister von Köstlin, nein, der amnoch regierende Herr Bürgermeister Wolff des Städtchens Griesheim am Main.

Bürgermeisteramt Griesheim a. M. Tgb. I Nr. 1684.

Griesheim a. M., den 20. April 1914.

Ihr Gesuch vom 6. Februar d. J. um Erteilung der Erlaubnis zur Eröffnung eines Stenographiekursus ist von dem Hgl. Kreisstudieninspektor zu Höchst a. M. abgelehnt worden.

Sie sind also zur Erteilung von Stenographieunterricht nicht befugt. Für den Fall, daß Sie inzwischen die Tätigkeit aufgenommen haben, fordere ich Sie hermit auf, dieselbe bei Vermeidung von Strafe sofort einzustellen.

In Herrn Ludwig F e u e l e r, Kontorist hier, Neustraße 43.

Wasta, Stenographie, laß dich begraben, so bemerkt zu diesem eigenartigen Dokument der „Arbeiterstenograph“, du gehörst zwar nicht zum obligatorischen Lehrgegenstand der Volksschule, weiße Männer haben zum Ausbau des Schriftfortschrittes ihre ganze Lebensaufgabe dran gesetzt, aber gelehrt darfst du nicht werden.

Deutscher Arbeiterstenographenbund, System Arends. Kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft durch geprüfte Lehrer die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiterstenographenbundes.

Sammlung altertümlicher Ader- und hausgewerblicher Geräte. Zu der von der badischen Landwirtschaftskammer ins Leben gerufenen Sammlung altertümlicher Ader- und hausgewerblicher Geräte ist eine Reihe Gegenstände gestiftet oder zur Verfügung gestellt worden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 22. Juni.

Aus dem Karlsruher Gewerbegericht.

Sitzung vom 17. Juni 1914.

Vorsitzender Stadtschlichter Neukum, Weißer Hofschlossermeister Blum und Schreiner Zappert. Auf der Tagesordnung stehen 12 Klagen. Davon werden zwei vertagt behufs weiterer Beweiserhebung.

Ausläufer Schüfeler klagt gegen Kaufmann Roth auf 39,64 M. Lohn und Entschädigung wegen ungerechtfertigter Entlassung. Die Parteien einigen sich auf einen Vergleich, wonach Kläger 13 M. erhält.

Fuhrknecht Glanz klagt gegen Fuhrunternehmer Kornmann-Darland auf 12,68 M. rückständigen Lohn, während Kornmann Widerklage erhebt auf 18 M. Schadenersatz, weil Ganz drei Fuhrer Sand, die er an diverse Bauten in Karlsruhe führen sollte, nicht dahin führte.

Beißhahn Heß klagt gegen Wirt Weiler auf 18,82 M. Lohn und Entschädigung wegen grundloser Entlassung. Die Heß hatte mit dem Koch des Weiler Differenzen bekommen und hatte erklärt (der Vorgang spielte sich spät abends ab), unter diesen Umständen arbeite sie nicht mehr weiter.

Die als Geschirrspülerin engagierte Frau Rittmann klagt gegen Hotelier Werle wegen Nichtentlohnung auf 10 M. Entschädigung. Frau Rittmann konnte zur vereinbarten Zeit nicht eintreten, nach ihrer Angabe infolge Krankheit und wurde ihr, als sie sich entschuldigen ließ, mitgeteilt, daß sie überhaupt nicht anzufangen brauche.

Bädergehilfe Kastner klagt gegen Bädermeister Wagner auf 28 M. Entschädigung wegen kündigungslöser Entlassung. Die Klage, in der schon zum drittenmal Termin ist, entstand dadurch, daß Kastner behauptet, ohne Einlassung der achtstägigen Kündigungsfrist entlassen worden zu sein.

Schreiner Frank klagt gegen Zimmermeister Kaufsch auf 9,10 M. nicht erhaltenen Lohn. Es ist dies eine Tarifverletzung. Frank hatte von Kaufsch das Bodenlegen in einem Neubau im Afford übernommen und zwar, wie ersterer bei der Übernahme ausdrücklich hervorhob, zu den Bedingungen des für Karlsruhe gültigen Bauanwaltertarifs.

Gilfsarbeiterin Wolf klagt gegen Buchbindereibesitzer Arzberger auf 30,50 M. rückständigen Lohn und Entschädigung wegen ungerechtfertigter Entlassung. Nach Einmahnung der beiden Parteien einigen sich dieselben im Vergleichsweg auf 14 M., die der Beklagte an die Klägerin zahlt.

Fuhrknecht Seel klagt gegen Fuhrunternehmer Stetter auf 4,50 M. Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Stetter selbst erhebt Widerklage. Während Seel behauptet entlassen zu sein, erklärt Stetter, er habe dem Seel die Pferde abgenommen und ihn nach seinem Stetter, Anwesen geschickt, um dort weiter zu arbeiten.

Sozialdemokratischer Verein Müppurr. Die Berichterstattung vom Landesparteitag findet morgen Dienstag, abends 1/9 Uhr im „Fähringer Löwen“ statt. Der diesjährige Parteitag hatte eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Bevölkerungsbewegung im Monat Mai. Die Zahl der Eheschließungen betrug 127 (Mai 1913: 116). Lebendgeborene wurden 258 (Mai 1913: 234) angemeldet, darunter 133 (130) Knaben und 125 (104) Mädchen; ehehlich waren 219 (203) und unehelich 39 (31).

London, 20. Juni. Ueber die Grubenkatastrophe, die sich in den Hillecrestgruben der Kohlenzeche im Cromsbeck Distrikt in Kanada ereignet haben, melden die „Times“ folgende Einzelheiten: Zurzeit der Explosion befanden sich 300 Minenarbeiter in der Grube. Die Telegramme über ihr Schicksal lauteten sehr widersprechend.

London, 20. Juni. Das Grubenunglück auf der Hillecrestmine ist das schlimmste in der Geschichte Kanadas. Der Gesamtverlust an Menschenleben beträgt 197. Die Explosion fand in einer Tiefe von 1200 Fuß statt. Von den unter Tage geweienen Bergleuten sind nur 40 und von diesen nur 27 gerettet worden.

Calgary, 20. Juni. Nach den letzten Meldungen sind bei der geringen Katastrophe 236 Bergleute in der Hillecrestgrube eingeschlossen worden, von denen 41 gerettet werden konnten. Für das Leben der übrigen besteht wenig Hoffnung.

schon mehrmals hingewiesen wurde —, wie nie in jeweils gleichen Monat aller Vorjahre. Dem Sinken der Sterblichkeit und der Geburtenzunahme entsprechend ist im Berichtsjahr auch der Geburtenüberschuß gestiegen, und zwar ist er größer als im Mai der Jahre 1911 bis 1913.

Auf der südlichen Straßenbahn wurden im Monat Mai 1.989.040 (Mai 1913: 1.468.109) Personen befördert, wofür 175.495 M. (127.886 M.) eingenommen wurden. Die Zahl der abgefahrenen Wagenkilometer betrug 528.128 (332.042).

Veranstaltungen.

Sommer-Theater. Heute montag, 22. Juni, findet die erste Nummerierte Vorstellung zu Eintrittspreisen statt; sämtliche nummerierte Plätze zu 1 Mark, die unnummerierten zu 0,40 Mark.

Luftschiff-Katastrophe.

11 Personen tot.

Wien, 20. Juni. Heute vormittag hat sich auf dem Flugfelde in Fischamend eine furchtbare Katastrophe ereignet. Gegen 10 Uhr hatte sich das lenkbare Luftschiff Körting zu einer Fahrt erhoben. In der Gondel befanden sich etwa 10 Personen, meistens Offiziere, sowie zwei Unteroffiziere und zwei Chauffeure.

Wien, 20. Juni. (Ausführliche Meldung.) Um 8 Uhr früh war der Körting-Luftballon von der Ballonhalle in Fischamend behufs aro-photographischer Aufnahmen hochgelassen worden. In der Gondel hatten Platz genommen: Hauptmann Hauswirth, Oberleutnant Hoffstetter, Oberleutnant Breuer, Leutnant Gaidinger, Korporal Sadina, Gefreiter Weber und Ingenieur Kammerer.

Der Ballon beschrieb seine Kreise in der Umgebung von Fischamend und steuerte sodann gegen Enzersdorf und gegen den historischen Königberg. Um halb 9 Uhr war der Feldpilot Leutnant Pfalz mit dem Fregattenleutnant Buchta als Beobachter auf dem erst kürzlich von der Seeresverwaltung angekauften Farnandoppelbecker vom Flugfelde Fischamend aufgestiegen, um den Ballon zu verfolgen. Er umkreiste den Ballon mehrere Male und suchte ihn sodann zu überfliegen. Bei diesem Versuch streifte er die Ballonhülle, welche einen Riß erhielt; es erfolgte eine furchtbare Explosion.

Wien, 20. Juni. Das Militär-Luftschiff Körting wurde im Jahre 1910 für die Seeresverwaltung hergestellt. Das Luftschiff war 68 Meter lang und hatte 2 1/2 Meter Durchmesser. Es faßte 3600 Kubikmeter Gas und hatte zwei Luftkammern, einen im vorderen und einen im hinteren Gasraum, die dem Luftschiff ein Aufsteigen bis zu 1500 Meter gestatteten. Das Luftschiff war halbfahrbar und diente für Schul- und Übungsflüge.

Gruben-Katastrophe.

London, 20. Juni. Ueber die Grubenkatastrophe, die sich in den Hillecrestgruben der Kohlenzeche im Cromsbeck Distrikt in Kanada ereignet haben, melden die „Times“ folgende Einzelheiten:

Zurzeit der Explosion befanden sich 300 Minenarbeiter in der Grube. Die Telegramme über ihr Schicksal lauteten sehr widersprechend. Während die einen von nur 22 Geretteten sprachen, konnten sich nach anderen Berichten über 75 Bergleute in Sicherheit bringen. Man muß fürchten, daß über 200 Menschen bereits umgekommen sind. Die Rettungsarbeiten werden durch die gewaltige Feuerbrunst, die sich durch alle Schächte ausbreitet, äußerst erschwert.

London, 20. Juni. Das Grubenunglück auf der Hillecrestmine ist das schlimmste in der Geschichte Kanadas. Der Gesamtverlust an Menschenleben beträgt 197. Die Explosion fand in einer Tiefe von 1200 Fuß statt. Von den unter Tage geweienen Bergleuten sind nur 40 und von diesen nur 27 gerettet worden.

Calgary, 20. Juni. Nach den letzten Meldungen sind bei der geringen Katastrophe 236 Bergleute in der Hillecrestgrube eingeschlossen worden, von denen 41 gerettet werden konnten. Für das Leben der übrigen besteht wenig Hoffnung.

Ein neues Dampfer-Unglück.

Zirka 200 Menschenopfer.

New York, 20. Juni. Der Mississippi-Dampfer ...

Neues vom Tage.

Gendarmen und Buchmacher. (Erpressungsprozess.)

Vor dem Oberkriegsgericht des Chors der Landgendarmerei ...

Die Angeklagten erklärten, weder Bestechungsgelder ...

Kriminalkommissar v. Mantuffel erklärt als Sachverständiger ...

Berlin, 20. Juni. Im Prozess gegen die drei Gendarmen ...

Schwerer Unfall bei Pionierübungen.

München, 19. Juni. Bei Übungen auf dem Pionierübungsplatz ...

Der tote Posten.

Strasburg, 19. Juni. Bei einem Militärschuppen des Infanterieregiments ...

Matt, elend, nervös

fühlen sich viele, selbst in der Blüte der Jahre. Andere leiden an Atemnot, Kopfschmerzen, Stuhlverstopfung ...

dessen Blut arm an Eisen ist

und bei dem darum die Lebensvorgänge nicht normal von statten gehen. Er muß das fehlende Eisen ersetzen. Ein vorzügliches Eisenmedikament, dem frischen Körper Eisen in einer Form zuzuführen ...

der abliegenden Woche tot am Boden liegend aufgefunden. Sein Dienstpfeife lag neben ihm. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Todesurteil.

Zwei Brüder, 20. Juni. Das schlesische Schwurgericht verurteilte gestern ...

Arbeiterliste.

Samborn, 20. Juni. Auf Beche Neumühl stürzten heute nachmittags ...

Aubin, 20. Juni. (Dep. Wehrm.) In dem Bergwerk von Serons bei Aubin ...

Löwenberg, 20. Juni. In Seitenort (Kreis Löwenberg) stürzte ein Gerüst ...

Großfeuer in Glasgow.

London, 19. Juni. Gestern mittags war im Kingsland in Glasgow Feuer ausgebrochen, das sich mit großer Schnelligkeit verbreitete ...

Militäre Legionäre.

Paris, 19. Juni. Wie der „Matin“ aus Algier meldet, sind nicht nur am vergangenen Sonntag Legionärsoldaten an Bord ...

Explosion auf einem italienischen Schiff.

Venedig, 19. Juni. Das italienische Truppentransportschiff „Juliana“ ...

Zur Lage in Albanien.

Zur Lage in Albanien.

Durazzo, 20. Juni. Nachmittags fand eine Versammlung der mohamedanischen Bevölkerung statt, worauf eine Deputation ...

Letzte Nachrichten.

Der Beleidigungsprozess des „Vorwärts“ auf „unbestimmte“ Zeit vertagt.

Berlin, 20. Juni. Der Prozess gegen drei Redakteure des „Vorwärts“ wegen Beleidigung des Vorsitzenden der ostpreussischen Remonte-Kommission ...

steht, der seit Dienstag die IV. Strafkammer des Landgerichts Berlin I beschäftigt wurde auf unbestimmte Zeit vertagt, da der als Zeuge geladene Oberleutnant Haad krankheitshalber ...

Bertha v. Suttner 7.

Wien, 21. Juni. Frau Bertha Freiin von Suttner, die bekannte Vorkämpferin der Friedensidee und Schriftstellerin ...

Eine neue Nordpol-Expedition.

Kopenhagen, 20. Juni. Ein dänischer Millionär hat dem dänischen Polarforscher Knud Rasmussen die nötigen Geldmittel für eine Nordpol-Expedition angeboten.

Fortdauer des Bauarbeiterstreiks.

London, 20. Juni. Die Einigungsversuche im Bauarbeiterstreik, der bereits 22 Wochen dauert, wurden ergebnislos abgebrochen.

Ein Empfang proletarischer Suffragetten.

London, 20. Juni. Premierminister Asquith empfing heute eine Abordnung von 6 Frauen, Vertreterinnen der arbeitenden Klassen der Suffragetten aus dem Londoner Stadtteil Westend.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlstraße, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeigen.

A. Mühlburg. (Gesangsverein „Bruderbund“). Heute abend Singstunde für gemischten Chor.

Wasserstand des Rheins.

22. Juni. Eschertinsel 3.12 m, gef. 4 cm, Rehl 3.85 m, gef. 6 cm, Maxau 5.81 m, gef. 9 cm, Mannheim 5.60 m, gef. 1 cm.

Zum Quartalswechsel.

müssen unsere Filialinhaber, welche die Zeitung durch Postüberweisung im Land, also nicht im geschlossenen Paket erhalten, die Meldung der Abonnentenzahl (nur zahlende Abonnenten) für Juli spätestens bis Dienstag, den 23. ds. Mts. uns zukommen lassen.

Expedition des „Volksfreund“.

Wir beabsichtigen in Karlsruhe eine Verkaufsstelle von Zigarren und Tabakfabrikaten zu eröffnen und bitten ausführl. diesbezügl. Offerten unter C. G. G. an die Expedition dieses Blattes. 1798

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Kurt, v. Bernhard Reinhardt, Schlosser. — Eugen Albert, v. Karl Bonnet, Einleger. — Walter Hugo, v. Friedrich Schrock, Lokomotivführer. — Elja, v. August Habich, Tagelöhner. — Elisabeth Agnes, v. Friedrich Gramm, Kaufmann. — Anna Gertrud, v. Anton Ritter, Magazinarbeiter. — Todesfälle. Joachim, alt 4 Mon. 10 Tage, v. Friedrich Langer, Diplomingenieur. — Lina Neuther, alt 80 J., Ehefrau von Ludwig Neuther, Oberfinanzsekretär.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Hermann, v. Hermann Wolf, Schlosser. — Erich Max Wilhelm, v. Wilhelm Jung, Fabrikarbeiter. — Friedrich Johannes, v. Johannes Schimpf, Kaufmann. — Friedrich Wilhelm Johannes, v. Friedrich Wilhelm Cramer, Erbarbeiter. — Karoline Luise, v. Leopold Johann Cramer, Landwirt. — Heinrich August, v. August Heinrich Niefer, Schreiner. — Selmut Georg August, v. Georg Frey, Oberpostassistent. — Eheschließung. Heinrich Scherle, Landwirt, und Bertha Jung, beide von Admigsbach. — Verstorbene. Hette geb. Dörzer, Witwe des Mediziners Kaspar Groß, 77 J. alt. — Heinrich Schmidt, Werkmeister, Hermann, 66 J. alt. — Karl Berger, Fuhrmann, Chemann, 77 J. alt. — Anna Elisabeth geb. Weigel, Ehefrau des Fabrikarbeiters Wilhelm Weagenheimer, 67 J. alt.

Advertisement for Hans Hartmann Aktiengesellschaft, Eisenach 21, listing various goods like bicycles, watches, and toys.

Advertisement for Dr. med. Heinrich Meyer, prakt. Arzt, Durlach, 81 Hauptstrasse 81, (Ecke Haupt- u. Gritznerstr.). Telefon Nr. 183.

Druckfachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreund“.

# Betten · Wäsche · Ausstattungen

liefert billigst in guter Ausführung

**Christ. Bertel · Karlsruhe**  
Kaiserstr. 101/103 · Tel. 217 · Rabattmarken.

**Todes-Anzeige.**  
Freunden und Bekannten die leidvolle Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere treubeforgte Mutter  
**Lina Benders,**  
geb. Müller,  
Samstag nachmittag 1/3 8 Uhr sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Montag abend 6 Uhr statt. Dies zeigt tiefbetrübt an 1797  
**Theodor Benders**  
nebst Kindern.  
Durlach, den 20. Juni 1914.

**Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.**  
Donnerstag, den 25. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstraße 68,  
**Partei-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Bericht vom badischen Parteitag; 2. Wahl der Pressekommision; 3. Wahl von Referenten. 1802  
Wir ersuchen um zahlreichen Besuch.  
**Der Vorstand.**

En gros **Schneider-Artikel** En détail  
**Beste und billigste Bezugsquelle**  
für sämtliche Schneider-Bedarfsartikel und Bügelstücken  
**Damen-Jackettfutter**  
empfehlen 704  
Karlsruhe **Peter Mees** Herrenstr. 42  
Versand auch nach auswärts.

**Carl König**  
Dentist  
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124 b.  
Telephon 2451.  
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen. 2885

Offenburg.  
**Brauerei Kopf**  
Nachfolger: **Georg Sammeth**  
empfehlen 725  
vorzügliche Lager- und Export-Biere  
in Fass und Flaschen.

**Pfannkuch & Co**  
Hente eingetroffen  
Frische  
**Kirschen**  
Pfd. 20 Pfg. an

**Erdbeeren**  
Pfd. 35 Pfg. an  
**Bananen**  
Pfd. 30 Pfg. an  
**Pfannkuch & Co**  
C. m. b. H.  
In den bekannten Verkaufsstellen

**HERDE**  
  
in Email und schwarz lackiert, erstkl. Fabrikate. Billige Preise. Teilzahlung gestattet. 6999  
**A. Schwinn, Steinstraße 25**  
Teleph. 3573 am Libellplatz  
**Pferde-Versteigerung.**  
Freitag den 26. Juni d. J., vormittags 10 Uhr beginnend, werden im Gastwerk I, Kaiser-allee 11: 1074  
2 Chaisensperde braune (Stuten),  
1 Chaisens-Geschirr, zweispännig, silberplattiert,  
1 Landauerwagen,  
1 Chaisens-Geschirr, ein-spännig,  
Pferdedecken, Geschirrtelle, Stallgeräte,  
öffentlich versteigert.  
Die Versteigerungsgegenstände können von Interessenten jederzeit besichtigt werden.  
Karlsruhe den 18. Juni 1914.  
Stadt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Serie I **25 Mark** Einheitspreis **VIATOR**  
Deutsche Industrie, solide, tragfähige Qualität per Anzug 3,25 Meter, Netto Casse.  
Serie II **20 Mark** Einheitspreis **VIATOR**  
**Wilh. Wolf jr., Kaiserstrasse 82 a.** Eing. Lammstr.

**Volksschauspiel Dietlingen.**  
Dienstag, den 23. Juni 1914:  
**Grosse Sonderaufführung des „Götz von Berlichingen“**  
anlässlich des Besuches der Groß-Landstände.  
Anfang 3/8 Uhr. — Ende 1/2 7 Uhr.  
Karten sind in den bekannten Vorverkaufsstellen, sowie im Theaterbureau zu haben.  
**Die Spielleitung.**

**Sonder-Preise**  
Montag, Dienstag, Mittwoch Solange Vorrat  
Ca. 2000 Stück  
**Blusen**  
Ca. 4000 Paar  
**Handschuhe**  
Ca. 4000 Paar  
**Strümpfe**  
1793  
**Hermann Tietz**

**Tapeten-Versteigerung.**  
Mittwoch, den 24. und Donnerstag, den 25. Juni, vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr, werden im Auftrag des Herrn Willems Nachfolger, Waldstraße 3, der ganze Restbestand der Tapeten öffentlich zum Höchstgebot gegen Barzahlung versteigert:  
eine große Partie sehr schöne Zimmer-, Gang- und Treppenhaus-Tapeten, sowie eine große Partie Bordüren, welche extra zum Ausgebot kommen.  
Freitag vormittags 10 Uhr kommt die Ladeneinrichtung und der Kassenschrank zum Ausgebot wozu Liebhaber einladet 1803  
**S. Hirschmann.**

**Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.**

**Prima 1185**  
**Dörpfleisch**  
soweit Vorrat  
das Pfund 0.90  
in ganzen Stücken  
das Pfund 0.80  
in allen Filialen erhältlich  
**Gebr. Hensel, Hofstr.**  
Schützenstr. 52, eine Treppe hoch, ist freundl. Zimmer mit 2 Betten zu vermieten 1715

**Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.**

**Verpachtung eines Mühlenanwesens**  
Das der Stadtgemeinde Karlsruhe (Baden) gehörende, an der Alb bei Daglanden liegende Appelmühlenanwesen soll auf 1. Oktober ds. J. öffentlich verpachtet werden.  
Es besteht aus:  
a. einem Wohnhaus mit Mahl- und Sägemühle mit Wasser- rad- und Turbinenanlage;  
b. einem Wirtschaftsgelände mit Garten und Fischweier;  
c. auf rund 88 000 qm Garten, Acker- und Wiesenlande.  
Für das unter b. angeführte Teilanwesen wird getrennte Verpachtung vorbehalten.  
Pacht Liebhaber wollen ihr Angebot schriftlich, portofrei, beschließen und mit entsprechender Aufschrift längstens **Mittwoch, den 8. Juli d. J. vormittags 10 Uhr** bei der unterzeichneten Amtsstelle einreichen, bei der auch die Pachtbedingungen eingesehen werden können und die nähere Auskunft erteilt.  
1691  
Karlsruhe, den 15. Juni 1914.  
**Städtisches Tiefbauamt.**  
**Bekanntmachung.**  
Im städtischen Hundezwinger, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn), befinden sich folgende herrenlose Hunde:  
1. Spaniel, weißl.  
2. Schäferhund, männl.  
3. Spitzer, weißl.  
4. Pinscherbastard, weißl.  
5. Schäferhund, männl.  
6. Schnauzer, männl.  
7. Wolfshundbastard, männl.  
8. Schäferhund, weißl.  
9. Rotweilerbastard, männl.  
10. Schnauzer, männl.  
Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen abgeholt sind, getötet bzw. versteigert.  
Karlsruhe, den 20. Juni 1914.  
Stadt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion. 1800

**Grasversteigerung.**  
Dienstag, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, wird das Grassträngnis auf den Langenbruch- und Gantenbruchwiesen, soweit dieselben nicht verpachtet sind, ca. 600 ar, gegen Barzahlung öffentlich versteigert.  
Zusammenkunft bei der Brückenwage an der Eitlingerstraße.  
Karlsruhe, den 18. Juni 1914.  
Stadt. Garten-Direktion  
Karlsruhe i. B. 1776

**Stadt. Vierordtbad**  
**Versch. Kurbäder**  
Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.  
Damenbadezeit: Montag u. Mittwoch vormitt. 7 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 2 bis 1/2 9 Uhr.  
Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 7—12 Uhr.“ 275  
Auch ab. Mittag geöffnet.

**Weißer 1742**  
**Röcke u. Blusen**  
zu jedem annehmbaren Gebot  
**Wilhelmstr. 34, 1 Tr.**  
**Guten Nebenverdienst**  
erzielt jedermann durch Uebernahme von Sammelauftträgen. 1771  
Röh. zu erf. **Wachstr. 77, II. r.**  
**Beiertheim, Cäcilienstr. 4.**  
3. Stock, ist auf folgende ein schönes Zimmer, möbl., Nähe des Hauptbahnhofs auf folgende zu vermieten. 1799

**Prima 1185**  
**Dörpfleisch**  
soweit Vorrat  
das Pfund 0.90  
in ganzen Stücken  
das Pfund 0.80  
in allen Filialen erhältlich  
**Gebr. Hensel, Hofstr.**  
Schützenstr. 52, eine Treppe hoch, ist freundl. Zimmer mit 2 Betten zu vermieten 1715

Ausgab...  
meinstp...  
65 3;  
Di...  
rotung...  
Be...  
lehten...  
politisch...  
verlore...  
wurde...  
ation e...  
wir die...  
Nation...  
einem...  
Zentrum...  
uns ge...  
daten...  
erlegte...  
Die erf...  
reform...  
Augenb...  
über di...  
Erfolge...  
folgt d...  
den W...  
etwas...  
ten be...  
dann d...  
wicklun...  
gung...  
Tempo...  
der H...  
Das B...  
schwach...  
Reaktio...  
ist jede...  
Bader...  
Dann...  
zialdem...  
men im...  
mehrere...  
als sie...  
beweist...  
Wahlen...  
14 000...  
Stimm...  
dieser...  
Zentrum...  
im Reich...  
sich Ger...  
den deu...  
nicht er...  
würde...  
nalliber...  
machte...  
muhte...  
blodgeg...  
denken...  
erfien...  
Derr...  
selbst...  
wie dos...  
das n...  
tische...  
fortsch...  
würdig...  
Man...  
legen...  
Was...  
lichen...  
liegen...  
len, hie...  
rüd...  
nochmal...  
rung...  
Zentrum...  
Genoffe...  
über di...  
und...  
wurde...  
proletar...  
ob mit...  
wird...  
in...  
der...  
haben...  
handeln...  
erleben...  
selbst...  
spielte...  
gößen...  
dem...  
hoffens...  
von...  
son...  
Fr...